

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsänderung und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Einzelnummernpreis: Die monatlich erscheinende Monatshefte über deren
Preis 20 Pf., für Familienangehörige 30 Pf., für die Kassenmitglieder (entsprechend
dem dreifachen Tarif einer Tageszeitung) 1,00 RM. Abbestellungsfrist: mindestens
einwöchentlich vor 9 Uhr an in der Expedition Dresden-W. 1, Gieselerstraße 2

Abbestellungsfrist: Das Blatt monatlich 2,00 RM (schliesst im Voraus), durch
den Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint tägli-
ch, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt bricht kein
Vertrag auf Lieferung der Zeitung oder auf Zustellung des Monatshefte.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. 1, Gieselerstraße und
Karl-Liebknecht-Str. 2, Fernruf 17209. Postfach 17209. Dresden 16 090.
Sprechstunden: Montage 16-18 Uhr alle Sonntage, Mittwochs 17-18 Uhr
bestellen- und abbestellens. Freitage 16-18 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 4. Juni 1930

Nummer 128

Das Dresdner Proletariat wird heute Abend antworten!

Gelbstenttarnung der faschistischen Mörder

Zwei neue Briefe der Nazis an die kapitalistischen Geldgeber

... Daß die Polizeibehörden in Deutschland zur Abwehr der herannahenden bolschewistischen Welle nicht ge-
eignet erscheinen, dürfte klar sein. Deshalb hat sich die NSDAP zur Aufgabe gestellt, diesen bol-
schewistischen Horden mit rochester Gewalt entgegenzutreten und den unausbleiblichen
Endkampf aufzunehmen. Für diesen Kampf behilflich zu sein, ist die Bitte, die die Ortsgruppe Schwarzenbach a. S.
an Euer Hochwohlgeboren richtet. Unterstützen Sie nach Ihren Kräften durch Geldmittel unsere
Bewegung zur Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Sturmabteilung. Gaben wollen unter dem
Kennwort „Spende“ auf Postcheckkonto Gottfried Gollert, Nürnberg Nr. 41323, eingesandt werden. Mit deutschem
Gruß NSDAP“

(Aus einem Nazi-Bettelbrief an die kapitalistischen Geldgeber)

Einheitsfront zwischen SPD-Führern und Faschismus

Ein Schieberlak SPD-Fleiskners

Demonstrationsverbot für die roten Sportler durch Nazi-Fried!

Leipzig, 4. Juni.

Der Polizeipräsident von Leipzig, der „linke“ Sozial-
demokrat Fleiskner, hat anlässlich der Sachsenwahl
einen Erlaß herausgegeben, der die Antirepublikaner mit ihren
Jugendgruppen einnehmen kann. Schickt es doch in diesem
Schieberlak:

„Alle Jugendverbände gegen die Verfassung und Stra-
fengesetzgebung und gegen das Strafgesetzbuch, die mit dem pa-
rteilichen Kampf in Verbindung stehen, werden unan-
nehmlich verfolgt und die Leiter mit empfindlichen
Strafen belegt. Teilnehmer an Schlägereien werden grund-
sätzlich sofort in Haft genommen und der Staats-
anwaltschaft zur weiteren Entschlingung zugeführt. Gegen Aus-
sichtungen bei Umzügen und Demonstrationen wird mit
allem Nachdruck, gegebenenfalls mit Waffenge-
brauch, vorgegangen werden.“

Fried gegen rote Sportler

Antwortet mit Massenaufmarsch in Erfurt!

Weimar, 4. Juni.

Der Thüringische Innenminister, Fried, hat die von der In-
tellegenzgemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Ver-
kehrsport für die Pfingstferien vom 6. bis 9. Juni in Thür-
ingen vorzunehmenden Veranstaltungen, soweit es sich um Ver-
sammlungen und Umzüge unter freiem Himmel handelt, wegen
zunehmender Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund
des Art. 123 Abs. 2 der Reichsverfassung, verboten. Das
Verbot erstreckt sich auch auf alle in Verbindung mit dem in
Erfurt stattfindenden Reichssportfest der roten Sport-
ler geplanten Versammlungen und Umzüge unter freiem Him-
mel, ganz gleich, von welcher Arbeitergruppe der roten Arbeiter-
sportbewegung oder von welcher Organisation der kommunisti-
schen Bewegung sie geplant werden.

Frieds Demonstrationsverbot in ganz Thürin-
gen, des Sozialdemokraten Fleiskners Schieberlak, der
jeden Protest gegen die Antirepublikaner als schädlich für die
Republik ansieht, ist ein Beweis für die Unfähigkeit der
Republikanten, die revolutionäre Einheitsfront mit blutigen
Mitteln zu hemmen, die faschistischen Bürgerblockhorden zu
halten.

Was ist in Wahrheit hinter Fleiskners Schieberlak verbirgt,
daß dieser Schieberlak bereits eine Vorwegnahme von
reaktionären Terrormaßnahmen durch den Bürger-
block bedeutet, das heißt in ihrer gestrigen Ausgabe, wenn auch
unheimlich, die „Dresdner Volkszeitung“ die Karten auf:

„Reichsregierung und Preussenregierung
gehen daran, neue Mittel zu beraten, um den fä-
hlichen Verheerungen, Störungen und Schädigungen der politischen
Güter ein Ende zu machen ...“

Die Wörthle ist eine dokumentarische Mahnung an
das Reichsinnenministerium (des Bürgerblocks —
die Red.), das das im Beratungskomitee befindliche Ent-
scheidungsgesicht zu beraten hat, dem politischen Banditentum
mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten. Es muß
nicht nur das Tragen von Schutzmasken, sondern auch der
Tragen von Stiefeln und Stiefelsohlen verboten
werden.“

Wenn auch das SPD-Organ in der Heberstraße „Die Sa-
xen-Zeitung“ über — Anschlag des Kapitalbanditentums“,
so steht gerade hinter dieser Forderung, gegen wen sich das
neue Terrorregime richten soll, ein noch größeres Verbrechen; denn
unvergleichlich ist, daß dieses selbe Blatt noch vor einigen Tagen
einen Scheidemann schreiben ließ:

„Man muß die Arbeiter wie die kommunistischen Ar-
beiter mit gleichen Mitteln bekämpfen.“

Unterzogen bleibt, daß noch gestern dieses selbe Blatt schreibt:
„Auch die Kommunisten tragen zum politischen
Kommunismus der letzten Zeit ein gewisses Maß Schuld. Sie
schlagen und schrecken los ...“

Wenn so schon das SPD-Blatt selbst keine eigene Linie, als ob
es das neue Terrorregime gegen die Parteimitglieder nicht, wider-
legt, so ist die politische Praxis ein noch hellerer Zeuge. In
Berlin sind vor 14 Tagen Arbeiter und bürgerliche Sportler
wegen des Aufstehens in der Kantine verhaftet worden. Die Faschisten
sind auf freien Fuß gesetzt worden. In Barmbein wurden vor
wenigen Tagen ein Arbeiter ermordet und fünf schwer verletzt,
kein Schuß ist abgefeuert. Der Mörder des Gen. Janschke, der
Nazimann Weindler, freigelassen, aber 20 Arbeiter in
Haft genommen. Überall das gleiche Bild. Republikanische
gegen links, Anstellung der Parteimitglieder, Arbeiter
in Haft, Anstellung der faschistischen Kamben-
attentäter. Und dann hat ein SPD-Blatt den Mut, ausge-
rechnet die Bürgerblockregierung auszuführen, dem politischen
Banditentum „am Ende zu machen“ und ein „links“ sozial-
demokratischer Polizeipräsident, Fleiskner, sich dem
Bürgerblock voran, indem er einen Schieberlak, einen Wörthle
gegen die Arbeiter erläßt.

Sicherlich kann der Beweis für das Zusammenwirken aller,
des Bürgerblocks, Nazi-Frieds, sozialdemokratischer Polizeipräsi-
denten und Prejudiz nicht erbracht werden. Eine erfolgreiche
Unternehmensregime würde Lohnraub und vermehrter Unterbrei-
ter, der erprobte Bürgerblockvorstoß auf sozialrevolutionärem
Gebiet braucht Kirchhoffstraße in Deutschland, braucht ein

Die Banditen weichen zurück

Die Faschisten haben angekündigt, daß ihre Versammlung
in den Innenjahren, in der die Arbeiter betrogen werden sollen,
auf Freitag, den 6. Juni, verschoben ist.

Schierellos haben die Deutschen Angst, daß die Arbeiter vorher
den Saal gelüftet haben, deshalb dieses Mandat. Sie glauben,
durch die Ankündigung von der „Verlegung der Versammlung“
die Arbeiter täuschen zu können.

Die Nazis sind schon zu oft angeworben, ihre Ver-
logenheit zu offenbaren, als daß Proleten darauf hereinfallen.

Angst haben die Nazis vor den Dresdner „Arbeiter, sonst
nichts.“ Sie wollen heute Abend allein sein. Das stellen wir fest.

Das proletarische Proletariat mit verstärkter Führung.
Die faschistische Welle ist losgelassen und die „linken“ SPD-
Führer tun ihr Bestes, sie zu unterstützen.

Sollen sie ihren Terror verstärken, sollen sie sich noch enger
in dem einen Ziel zusammenfinden, der Verhinderung der pro-
letarischen Einheitsfront, der Terrorisierung der kommunisti-
schen Partei. Mit uns marschieren die Arbeiter!
In uns stehen die sozialdemokratischen Proleten! Wir uns sind
die arbeitenden Massen in Stadt und Land! Wie es am 22. Juni
der kommunistischen Partei ihre Stimme geben werden, so
werden sie jetzt schon unter dem Banner der KPD die außer-
parlamentarische Kampffront formieren. Die Einheit
des proletarischen Kampfes marschieren, sie marschieren unter
unserem Banner!

Daß Frieds Verbot antwortet mit Massen teiligung am
Erfurter Treffen!

Daß Fleiskners Schieberlak mit verstärkter Sacharbeit für
die Vögel ist.

„Sind Sie versichert, mein verehrter Herr Direktor ...“

Dresden den 4. Juni.

Der Rette blutiger Provokationen gegen die wertvolle Be-
völkerung wollen die faschistischen Knüppelgardien des Kapitals
heute Abend in der Dresdner Altstadt neue Blut-
spuren hinzufügen. Der Unterstützung der republikanischen Poli-
zei gemäß, haben sie für 7,30 Uhr eine Versammlung
nach den Anwesenheiten einberufen. Um die wirkliche
Frage dieser gefakten Kapitalstreiche, um das Welen ihrer tabi-
fischen Propaganda bloßzulegen, bringen wir nachstehend die
Wörter eines in unserem Besitz befindlichen Briefes, der
von einem Dresdner nationalsozialistischen Hauptmann a. D.
am 16. Februar d. J. an den Direktor Frißche in
Weimar gerichtet worden ist:

Dresden den 16. Februar 1930.

Sehr geehrter Herr Direktor Frißche!

Entschuldigen Sie das lange Warten der Antwort auf
Ihres Schreibens vom 3. 1. 30, da ich jetzt erst Zeit habe, Ihnen
ausführlich zu dienen. Wie ich aus Ihrem nun zweiten Schrei-
ben (bundesmäßig) ersehe, sind Sie ganz unbegründet ängstlich
betz, des Eintritts in unsere NSDAP. Ich muß sagen (entschul-
digen Sie mein erregtes Temperament), man fühlt, daß Sie
sich bisher sehr wenig um Politik gekümmert haben. Warum
samen Sie nicht zu unserer nächsten Sitzung (?), welche ich
Ihnen damals empfohlen hatte? Wir sind dort immer absolut
unter uns — alles erprobte Eingeweihte — holen
Sie das Veräumte nach. In Ihrer Bemerkung bez. sozialisti-
scher Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich
sonach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen:

Wollen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer
öffentlichen Plakate betzen — der „Jude heiligt das
Mittel“ — welche Partei löst nicht ihre Träger? Sind
Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn
Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (bezüglich Ihres zur
Zeit schwankenden Unternehmens), dann sind Sie nir-
gends besser geborgen als bei unserer NSDAP.

Gewiß — es sind Schlagworte — wie: Nieder mit dem
Kapitalismus! — Juden — usw., aber selbige sind not-
wendig (unbedingt), denn unter dem Banner „Deutsch-Natio-
nal“ oder nur „national“ allein, wissen Sie ja, kommen wir
nicht zum Ziel — haben also keine Zukunft mehr.

BN. Als guter Beobachter habe ich festgestellt, daß die SDG-
Bolschewisten in Rußland ein geradezu „herdlich-empfindliches“
Propagandamaterial anwenden, welches keine Wirkungskraft
nicht verfehlt. — Das muß ihnen der Reich lassen. Dieses wollen
wir uns zunutze machen.

Wollten Sie sich nur recht: wir müssen die Sprache
der verächtlichen sozialistischen Arbeiter sprechen, um
selbige eben an uns zu ziehen — sonst würden sie sich
bei uns nicht zu Hause fühlen.

Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus
diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor — Nun
müssen wir die Fägel wieder fest in die Hand nehmen (im Ori-
ginal unterschrieben). Wir überlassen das Programm den mar-
xistischen Parteien, die dann stets hincinfallen, wenn sie es nicht
halten können, oder besser gesagt nicht wollen — bezüglich
Sozialdemokratie —. Unsere Sache ist sicher. Wir setzen jetzt mit
einer „Massenpropaganda“ ein — auf jede Woche wenigstens
1-2 Versammlungen in allen Teilen Deutschlands. Wie die
Erfahrung gelehrt hat, sorgen wir dafür, daß es diesen vulgären
Kommunisten unmöglich ist, unseren Einfluß in Versammlungen
zu zerstören:

Indem wir ganz organisatorisch die Säte mit unserer
schlagfertigen, handfesten Garde besetzen lassen. Nach
heute uns jetzt immer ausreichender Schutz — Polizei —
zur Verfügung.

haben wir nunmehr durch unseren Herrn P. O. Hauptmann G.
anordnen lassen. Wir haben bereits schätzungsweise 40 Pro-
zent in der Polizei sowie Reichswehr selten Boden —
namentlich Offiziere (Hauptleute). Diesmal ist der Schlag
wie der Blitz über Nacht. — Inzwischen sind auch durch diese
langjährige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt,
daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu
können. In der Hoffnung, Sie in unserer nächsten Sitzung zu
sehen, verbleibe ich Ihr ergebener Hauptmann Gähler oder
Görke (die Unterschrift ist unleserlich — d. Red.).

Randbemerkung: Wenn Sie sich noch erinnern können, sagte
ich Ihnen ja damals schon: Ich glaube, die Sozialdemo-
kraten wollen gar nicht, was sie immer wollten —
und richtig — so kam es auch.

Eine weitere Randbemerkung: Die höchste Gefahr ist das
Überhandnehmen der Intelligenz im Volke. Deshalb schon
müssen die Juden das Feld räumen. Sie sind das Urübel.

Der Brief spricht für sich selbst. Aber selbstverständlich ist

den Verleumdungen der Faschisten Rede und Antwort geben werden. Die unerschrockene Überwindung aller feindseligen Verleumdungen durch die proletarischen Massenmobilisierung ist und außerhalb der Straße, auf den Demonstrations-, in den Gewerkschaften muß begleitet sein von einer beharrlichen Aufklärung unter den von den Faschisten und Kollaboranten irreführenden Proleten und Mittelständlern. Reist sie heraus aus den Reihen der feindseligen Mörder? Formiert die breite Einheitstruppe zur Niederdrückung des Faschismus!

Hugenbergs Lobgesang auf den Youngplan

Der Volksbegehrenschwindel der Hugenberg-Hilfer entlarvt

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei und Kampfgemeinschaft Adolf Hugenberg im Volksbegehrenschwindel hat am Sonntag eine Rede gehalten, in der er die Möglichkeit der Erfüllungspolitik hart betonte. In der heutigen Morgenpresse wird berichtet, daß er in einer deutschnationalen Versammlung in Potsdam diese Rede ergänzte und betonte:

„Die Reparationsabgabe werde keine Schädigung unserer Industrie und Landwirtschaft mit sich bringen. Sie sei sogar unsere einzige Waffe gegenüber einem Schicksalsspiel der anderen.“ Herr Hugenberg entlarvt sich und seine feindseligen Trübsalreden gründlich. Er sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß der Youngplan eine gute, den Interessen der Weltbürger dienende Sache ist. Er behauptet lebhaft, was wir betont haben, daß kein Volksbegehren ein ausgeprägter Schwindel zum Betrug der Massen war. Er enthält nicht nur Lüge, sondern gleichzeitig die Wahrheit. In einer anderen Stelle veröffentlichten wir den Text eines nationalsozialistischen Trübsalredners, der eine ebenso deutliche Sprache spricht. Aufgabe aller revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen muß es sein, den Wahlkampf zu benutzen, um den breiten Massen diese Demagogie der Hugenbergschwindel klarzumachen, sie zu sammeln um das revolutionäre Banner der Kommunistischen Partei. Die Youngplanerei kann nur belächelt werden durch den revolutionären Kampf des Proletariats im Bündnis mit den werktätigen Massen in Stadt und Land.

In SPD-Versammlung wird eine KPD-Ortsgruppe gegründet

Polizeiaktionismus in Schaffstädt — 15 Arbeiter, darunter ein aktiver KPD-Funktionär, der Partei beigetreten

Schaffstädt, 2. Juni. (Eig. Meldung.)

Am Sonntagabend entliefen sich die sozialistischen Führer Feigold (Lehrer) und Köpfer (Maler) in einer sozialdemokratischen öffentlichen Versammlung, daß sozialdemokratische Arbeiter und mit der KPD langjährig sympathisierende Arbeiter den Weg zur kommunistischen Partei fanden. Mit Volkseinstimmigkeit wurde der Genosse Kurt Kühn, der in der Diskussion sprach, aus der Versammlung entlassen. Mit ihm gingen viele Schaffstädter Arbeiter. Dem Genossen Kühn wurden nur 10 Minuten Redezeit bewilligt, obwohl vorher grundsätzlich vor der Versammlung erklärt wurde, es könne so viel Redezeit, daß noch nicht mal das kommunistische Programm ausreichte, die beide zu füllen! Die Versammlungsteilnehmer nahmen größtenteils Partei für den kommunistischen Diskussionsführer. Es entstand ein ungeheurer Tumult und das Ende war der Dissonanz vieler Arbeiter aus der Versammlung. Die übrigen hatten von dem Polizeipolizismus der Feigold und Köpfer genug. Sie folgten zahlreich den hinausgeworfenen in ein anderes Lokal. Dort wurde eine Partei-Ortsgruppe gegründet. Schaffstädt war bis dato nur von der SPD beherrscht worden.

15 Arbeiter traten in der Parteiverammlung der KPD sofort bei. Unter ihnen befand sich der sozialdemokratische Funktionär Otto Peter, der erklärte, daß er nicht mehr länger einer Partei angehören könnte, deren Führer faschistische Methoden gegen die Arbeiter anwandten.

Genosse Peter ist Vorsitzender des Mietervereins Schaffstädt und Vorsitzender des Arbeiterkassenvereins. Er ist jener Antifaschistenmitglied im dortigen Komitee. Des weiteren ist er in der Ortsverwaltung des DMB. Genosse Peter war einer der aktiven Funktionäre der SPD.

Sozialdemokratische Arbeiter stimmen für die Gewerkschaftsopposition

Bei der Wahl zum Gesamtbetriebsrat der Stadt Chemnitz stimmten die Sozialisten 50 Stimmen, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 32 Stimmen. Die KPD gewann ein Mandat. Das Resultat ist um so bemerkenswerter, als für die Liste der KPD selbst organisierte Sozialdemokraten gestimmt haben.

Polizei verbietet Kindertreffen in Pirna

Erneuter Vorstoß gegen den IGB — KPD ruft zum Protest auf

Pirna, 4. Juni.

Die Polizei von Pirna hat das Vorkommen der Arbeiterkinder in Pirna verboten. In dem Schreiben heißt es:

„Nachdem in der ‚Arbeiterstimme‘, und zwar in Nr. 129 unter dem Titel ‚Arbeiterkinder, heraus zum Ringkämpfen‘, und in Nr. 121 mit dem Kennwort ‚Die Sache gegen das Pirnaer Kindertreffen wird nutzlos sein‘, sowie in Nr. 125 unter der Überschrift ‚Mit den Faschisten aus dem Jahre 1935 gegen das proletarische Kindertreffen‘ die Kinder nach besonders angefordert werden, an den verbotenen Veranstaltungen teilzunehmen, wird hiermit in Einverständnis mit dem Ministerium des Innern, jedwede Veranstaltung des Jungpartistebundes in der Zeit vom 7. bis mit 10. Juni d. J. in Pirna verboten, insbesondere werden folgende aus bekannte Veranstaltungen verboten: a) am 7. Juni abends: Abholen der auswärtigen Teilnehmer mit Musik vom Bahnhof; b) am 8. Juni nachm. 2 Uhr: Umzug durch die Stadt mit Musik; c) am 8. Juni: die Veranstaltungen auf dem Festplatz; d) am 8. Juni: die Veranstaltung des Fackelzuges nach Eintritt der Dunkelheit vom Festplatz durch die Stadt nach dem Volkshaus.“

Gegen wurde im Volkshaus Pirna eine Protestversammlung veranstaltet. In der die Arbeiterkinder und Jungarbeiter ihre Empörung über die Verbotung des Rates der Stadt Pirna zum Ausdruck brachten. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie lautet:

Protest gegen das Verbot des Kindertreffens in Pirna

„Die heute im Volkshaus Pirna verammelten jungen und erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren aufs heftigste gegen das Verbot des Ringkämpfers der Arbeiterkinder in Pirna. Sie erklären darin einen erneuten Vorstoß gegen die kommunistische Kinderbewegung. Dieser Vorstoß wird jedoch ergebnislos sein. Die Verammelten werden alle Kräfte aufbringen um die Arbeiterkinder in Betrieben und auf den Demonstrationen...

„Trennungstreich im Interesse unserer Klasse und des Sozialismus!“

Aufruf von SPD-Arbeitern an ihre Parteigenossen

Auf dem vorgelegten Bezirksparteitag der SPD Niedersachsen (Hannover) verlas der Vorsitzende unter stürmlichem Beifall folgenden Aufruf der SPD-Arbeiter, die zur KPD übergetreten sind:

Sozialdemokratische Genossinnen und Genossen! Wir unterzeichneten sozialdemokratischen Arbeiter haben uns nach langer Überlegung entschlossen, an dem Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei teilzunehmen und unseren Hebertritt zur kommunistischen Partei zu erklären.

Das war kein leichter Entschluß. Jahrelange, teilweise jahrelange unermüdliche Arbeit für die Sozialdemokratie machte es uns sehr schwer, den Trennungstreich zu ziehen. Es ist nicht leicht, eine Partei zu verlassen, für die man so viele Opfer gebracht und so unermüdlich gearbeitet hat. Nach langer Prüfung sind wir aber zu dem Ergebnis gekommen, daß es

im Interesse unserer Klasse und ihres Kampfes um den Sozialismus notwendig ist, den Trennungstreich zu ziehen und uns in die Front der Kommunisten einzureihen.

Schon lange äuelten uns die Zweifel. Anlässlich des Wahlkampfes 1924 harrten wir uns auf Grund der Politik unserer Partei auf Grund der Versprechungen noch einmal an die Hoffnung, daß eine Veränderung in der Politik der Partei eintreten werde. Wir folgten der Partei: Wer gegen Parteiführer ist, wählt Mitte 17, und halten mit an der Gewissung der Vertiefung zur Stimmabgabe für die Liste der Sozialdemokratie.

Aber mit jedem Monat der Realpolitik gehen wir uns mehr enttäuscht.

Statt Kinderpeinigung werden Parteiführer bewilligt, statt der Erfüllung aller der Wahlversprechungen verschleiert sich unter Tage von Tag zu Tag. Wir erleben die Vorhölle gegen die Sozialistinnen, die heilige Arbeitlosigkeit, die neuen Steuererhöhungen und den Zollwucher und freuen uns immer wieder, wie es kommt, daß Proletariat durch die Partei, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen, blutig niedergeschlagen werden. Das Republikanismus und die Verfolgung der kommunistischen Partei erinnern uns an die Zeit des Sozialistengehens unter Bismarck, und immer mehr drängen sich uns die Gedanken auf, daß die Kommunisten heute die einzigen sein müssen, was die Sozialdemokratie im Kaiserreich war. Unsere wichtigste Forderung liegt es uns trotz der grenzenlosen Herbe gegen die Kommunisten geboten erscheinen, genauer die Politik der kommunistischen Partei zu prüfen. Dabei können wir zu dem Er-

gebnis, daß

die SPD wirklich unsere Interessen vertritt, während die Sozialdemokratie ihre Politik lediglich im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Staates durchführt.

Wir haben von dem Bezirksparteitag der KPD einen sehr guten Eindruck und freuen uns über die kameradisch-freie freie Aussprache, die sich grundsätzlich unterscheidet von den Zuständen innerhalb der SPD. Nachdem wir nun unseren Eintritt in die kommunistische Partei vollzogen haben,

wenden wir uns heute an alle unsere sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen, mit dem Appell, unserem Beispiel zu folgen.

Der Hebertritt unserer sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Maria Kette zur kommunistischen Partei und ihre Broschüre „Das wahre Gesicht der SPD“ hat uns den letzten Anstoß gegeben.

Wir haben den Mut, einzugehen, daß wir jahrelang auf einem falschen Weg waren, und wir wollen mitteilen, daß die hunderttausende sozialdemokratischen Klassen-genossen auch zu dieser Erkenntnis kommen und den Mut finden, der kommunistischen Partei beizutreten.

Wir wenden uns darum mit dieser Erklärung an alle sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen und rufen sie auf, dem Beispiel von Maria Kette und dem unsrigen zu folgen.

Wir müssen die gemeinsame Kampffront aller Proletarier unter Führung der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition herstellen gegen unseren gemeinsamen Feind: die Kapitalisten, ihren Staat und all ihre Helfer!

Wenn wir uns alle unter der roten Fahne des Klassenkampfes, der kommunistischen Partei vereinigen und in dieser einzigen Partei des Proletariats mitarbeiten, dann wird die Stunde kommen, in der wir die kapitalistische Ausbeutung abschütteln und unsere proletarische Herrschaft errichten und den Sozialismus verwirklichen können.

Wir grüßen unsere sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen und hoffen, daß sie so wie wir den Weg zur kommunistischen Partei finden.

Joh. Junglieb, 48 Jahre, Gettelde.
August Ehlers, 40 Jahre, Gettelde.
Karl Kuhn, 44 Jahre, Oldau.
Friedrich Wehrstedt, 45 Jahre, Oldau.
Bernt Wehrstedt, 40 Jahre, Oldau.
August Voelkel, 45 Jahre, Oldau.

Mansfelder Kumpels streifen geschlossen

Massenunterstützungen und Demonstrationen —

Schlossen für die revolutionäre Opposition!

7 Halle a. S., 1. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Im ganzen Mansfelder Gebiet fanden am 3. Juni von der Opposition einberufene zahlreiche Streikversammlungen statt. Die Versammlungen waren von Kampfsitzungen getragen. Die Stimmung ist überall glänzend. Die ersten Kampfsitzungen werden von der überwältigenden Mehrheit der Mansfelder-Proleten als die einzig ständige Führung anerkannt. Die beiden wichtigsten Kampfsitzungen, die von dem Volkshaus und von dem Helligwerth, sind von den Gewerkschaftsversammlungen ihrer Orte, unter Vertretung der Kolonnen, ausdrücklich anerkannt und erweitert worden.

Der bisherige Verlauf des Streiks hat den ersten beträchtlichen Sieg für die Streikenden gebracht. In wenigen Stunden hat sich der Streik der Mansfelder-Kumpels mit einer solchen Macht entfaltet, daß die Direktion den anfangs verfolgten Plan, die Betriebe durch Streikbrecher weiterzuführen, fallen lassen mußte. Die bürgerlichen „halselichen Nachrichten“ schildern die Lage wie folgt:

„Die Lage im Mansfelder Land ist am Montag als ziemlich gespannt anzusehen. Die Kommunisten versuchen schon am Sonntag die von den Gewerkschaften zugelassene Durchführung der Kolonnenarbeiten zu verhindern, indem sie den Volkshaus durch Einleitung Erwerbslose vollständig umzingelten, so daß

nur 10 Mann zur Durchführung der Kolonnenarbeiten in den Betrieb gelangen.

Bei Beginn des Streiks am Montag früh deckten an unterbrochene Ketten von Streikpolizisten die Kolonnenführer an den Kolonnenführern zu den einzelnen Betrieben der Mansfelder-IG.

In dem Bericht der Mansfelder-IG heißt es:

„Die einberufenen Arbeitssitzungen sind bereits auf den Montagvormittag zur Arbeitshalle zum größten Teil an der Wiederaufnahme der Arbeit gehindert worden.“

Gestern um 10 Uhr tagte in Eisenben eine große öffentliche Arbeiterversammlung, einberufen von der revolutionären Gewerkschaftsopposition. 2000 Besucher hatten sich eingefunden. Der Gen. Sobotta sprach zu den Versammelten, die Gewerkschaften hatten eine Parallelsitzung im Garten, die etwa 150 Besucher zählte. Es formierte sich nach Schluß der Versammlung der revolutionären Opposition ein Demonstrationzug zum Rathaus. Der Magistrat mußte unter dem Druck der 2000 Demonstranten verhandeln, lehnte aber die Forderung auf Stellung von Kindern ab. Der Demonstrationzug ging durch die Bergarbeiterbüchse nach Helbra. In Helbra fand eine Kundgebung und Demonstration statt, die nicht weniger als 5000 Teilnehmer zählte. Der große Erfolg der Opposition in Helbra ist besonders bemerkenswert, weil Helbra bisher eine Hochburg der Reformisten war.

Die Hilfsaktion der internationalen Arbeiterhilfe in Eisenben hat eingeleitet. Es sind große Mengen von Lebensmittel und bares Geld gesammelt worden. Die Polizei verhaftete Sumpter für die IG.

Kommunistischer Bürgermeister mit Polizei aus dem Amte entfernt

Am Sonntag sagte das Gemeindefolgeamt in Fernowgrün den Beschlus, den bereits gewählten Genossen Max Köhler als Bürgermeister einzuweisen. Genosse Köhler trat am Montag früh 7 Uhr sein Amt an.

Um 10 Uhr kam ein Heberfallwagen mit 10 Mann Polizei vor das Rathaus vorgefahren, entfernte den Genossen K. gewaltiam aus seinem Amte und verhaftete ihn. — Einer gewaltigen Erwerbslosen-Protijdemonstration schlossen sich breite Massen der arbeitenden Bevölkerung an.

Das Vorgehen der Polizei gegen mit Mehrheit gewählte kommunisten befehlige Magistrate die kapitalistische Demokratie, Arbeiter, rechnet ab! Wahl am 22. Juni Liste 3!

Renegat Nischwitz von den revolutionären Arbeitern verurteilt

Plauen, 4. Juni.

Nach vor Redaktionsschluss erhalten wir noch folgende Mitteilung:

Gestern fand eine Mitgliederversammlung der revolutionären Organisationen in Plauen mit über 100 Beteiligten statt, die sich neben der Durchführung der Wahlarbeiten auch mit dem Renegaten Nischwitz beschäftigte. In einer Entscheidung, die wir morgen veröffentlichen, wird die halselbische Nischwitz gebrandmarkt als üble Volkseindiger.

Auch die Chemnitzer Parteifunktionäre nahmen eine Entscheidung an, in der sie den Renegaten Nischwitz, der in das Lager des Sozialismus hinüberwechselte, brandmarkten.

Er gesteht, daß er gekauft wurde

Die Genossen von Jandauer berichten uns, daß am 2. Juni einige Genossen ein Gespräch mit dem Renegaten Nischwitz hatten. Es waren die Genossen Weidauer, Weidlich, Wille und Witmann und einige sympathisierende Arbeiter. Unter Weidauer gelang Nischwitz den Arbeitern gegenüber ein, daß er gekauft sei und ihnen seit längerer Zeit von seinen eigenen Berichten und Gummireisen große Entschuldigungen hatte, die er in den letzten Tagen gegen hat. 3 Arbeiter haben nach Nischwitz Bericht den „Jandauer Volksblatt“, die SPD-Zeitung, abgelehnt.

Aufruf an alle Arbeiterportler!

An die werktätige Bevölkerung Groß-Dresdens!

Wie durch dauernde Pressenotizen bekannt ist, findet zu Pfingsten in Erfurt das Reichstreffen der revolutionären Arbeiterportler statt. Tausende und aber Tausende werden auf Lokaltzugwagen durch das ganze Bundesgebiet eisen, um an der Herrschaft der roten Durchbrechung teilzunehmen. Die Dresdner Arbeiter werden zum Pfingsttag nach Erfurt einreisen und in aller Eile den Zug verlassen. Aber auch aus den entferntesten Gegenden Deutschlands kommen Genossen herbei, um mitzuwirken an dem großen Gelingen dieser Veranstaltung. So kommen 150 Genossen aus Breslau in der Nacht vom Freitag zum Samstag durch Dresden. Es ist nicht möglich, daß die Genossen die Strecke Breslau-Erfurt an einem Tage zurücklegen. Deshalb müssen sie in Dresden für diese Nacht untergebracht werden.

Wir appellieren an alle Dresdner Arbeiter! Unterstützt diese wackeren Kämpfer! Schließt Quartiere für eine Nacht, 150 Quartiere sind notwendig. Liebt Solidarität! Mietet Quartiere sofort an den Genossen Bogal, Dresden, Hiltnerstraße 7.

Die Bezirksleitung der Interessengemeinschaft für die Einheit im Arbeiterport.

Die Geschlechtslosen

Theobald Tiger hat im Jahre 1924 der Partei des Herrn Dr. Aulz die mit Inviol Eton in den Wahlkampf ziehende Gedichte gewidmet:

Ich habe keine Zeugnungslieder. Ich bin kein Mann — das steht mal fest. Mir ist der Umsturz sehr summbel — ich habe Lenin wie die Pest.

Das „hilfreiche“ Rote Kreuz!

Arbeiterkorrespondenz. In den Straßen Dresdens wird gelammelt. Für wen? Für die alten neben Stahlhelm, Hitler und Wehrgeanten marschierende Bewegung „das Rote Kreuz“.

Parteilose Arbeiter kommen zum Arjo-Kongress nach Dresden

Der Mieterverein in Hartau wählte zum Arjo-Kongress in Dresden am 14./15. Juni als Delegierten einen parteilosen Arbeiter, ebenso beschloß der Mieterverein Chemnitz-Koblenz die Entsendung eines Parteilosen.

Warnung vor einem Hausierer. In Dresden-Trachau wurden mehrere Fälle angezeigt, wonach Arbeiterfrauen von einem Hausierer Möbelstücke zu verhältnismäßig hohen Preisen gekauft haben.

Ueberfahren. Auf der Döbelner Straße wurde ein 57jähriger Knabe, der auf der Straße gespielt hatte, von einer Kutschlerin überfahren.

Von einem Pkw angefahren. Am Dienstagmorgen fuhr am Lützowufer, in der Richtung nach der Carlstraße, nebeneinander 2 Kutschern. Ein Pkw, der in gleicher Richtung fuhr, wollte die beiden überholen.

Taschenraub. Am Dienstag, kurz nach 17 Uhr, blieb ein Motorrad mit einer Bulldoggenmaschine an der Ecke der Freiherger und Siemensstraße zusammen. Der Motorradfahrer und sein auf dem Sozius sitzender Begleiter, ferner auch der Fahrer der Bulldoggenmaschine wurden schwer verletzt.

Bolschewik Nummer 6 erschienen!

Sofort an die Funktionäre und Mitglieder ausgeben. Der Preis beträgt 5 Pf. (nicht 10 Pf., wie irrtümlich nochmals aufgedruckt).

Circus Aulz hat sich laienmäßigen Wünschen gemäß entschlossen, den durch Ausweis legitimierten Erwerblosen auf dem 2. und 3. Platz halbe Preise zu gewähren.

Oberreichsanwalt schießt Einert hausfuchen... Vergebliche Mühe Material in der Arbeiterstimme und Peubag zu finden

Dresden, den 4. Juni 1930

Bestenfalls in den Mittagsstunden eine Hausfuchung in der Arbeiterstimme und Peubag. Druckerzettel hat. Unter Führung des von uns in der letzten Zeit so schwer angegriffenen und als furchtbar übeln Polizeiphilistums entlarvten Reiminspektors Einert drang die Polizei in die Peubag-Druckerei ein.

Beziehend an dieser Hausfuchung ist allerlei. Zunächst war der Führer des Polizeiaufgebots jener Kriminalkommissar Einert, dessen Tätigkeit gegen die revolutionären Arbeiter von uns vor, während und nach dem Prozeß gegen die „Rote Zige“ in überaus klar freilichtiger und unvertuscht wurde.

Was die National-„sozialisten“ sagen:

„Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben“

Die Dresdner Arbeiter rechnen heute Abend mit den faschistischen Arbeiterfeinden in den Annenfallen ab und wählen am 22. Juni Liste 3

„Und wie es so nachsichtigt soll wildem Kampfgeheiß, ein ganzes Volk in Reih und Glied, da brandet auf ein heiliges Ziel: O Deutschland hoch in Ehren...“

„O Deutschland hoch in Ehren“ — das ist jenes Lied, bei dessen Klänge Millionen von deutschen Proletariern von einer chauvinistischen Bande von Kriegsbekern in das Völkermorden getrieben worden sind.

Die Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben, die in den Wald gehen und das Holz maulen, Sie tollern bis früh um 4 Uhr im Weidhaus herum und klopfen Stat... Auf die empörten Zurufe der anderen Berordneten und auf einen Zuruf, daß dieser Ausspruch den Arbeitern bekannt gegeben werde, erklärte der nationalsozialistische Herr: Das könnt ihr ruhig tun!

Eine Arjo-Ausstellung: „Soziale Tatsachen“

Gegen soziale Reaktion und kapitalistischen Hygieneschwindel / Eröffnung 14. Juni

Anlässlich des I. Reichskongresses der Arjo eröffnet der Landesauswahl Ausschuss der Arjo am Sonntag, 14. Juni, 17 Uhr, in den Räumen der KfV, Poppitz 18, eine Ausstellung, die es sich zur Aufgabe stellt, die Lebenslage der werktätigen Massen in Deutschland ungekünstelt zu zeigen.

500 Quartiere werden gebraucht

Am 11. und 12. Juni tagt im Künstlerhaus zu Dresden der erste Reichskongress der Arbeitergemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arjo). 500 Delegierte aus dem ganzen Reich werden in Dresden einreisen.

„Die Mieter sind zufrieden mit Mieterhöhung“

KPD-Rösch für Mietwucher bei der „Gewobag“

8 kinderreiche Familien auf die Straße gesetzt / Das Warmwasser wegen Mietrückständen abgestellt / Antwortet am 22. Juni! Wählt Liste 3!

Ende April dieses Jahres erhielten alle Mieter der „Gewobag“ im Bahndorf Seidnitz ein Schreiben, in welchem ihnen mitgeteilt wurde, daß die Miete nun endlich erhöht sei.

Wie die Arbeiterstimme ganz richtig scharf, treibt die „Gewobag“ Mietwucher, und es ist bezeichnend, und für uns Mieter sehr wichtig, zu wissen, daß es der Sozialdemokrat Rösch gewesen ist, der die Mieterhöhung von 50 Pfennig bis zu 1 Mark in der Stadtverordnetenwahlung vom 19. Mai forderte.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes: Monatliche Vergütung für Vergütung, Tilgung und Abreibung der Sammelheizung (47,50 RM), Monatliche Vorauszahlung für Heizung (5,00), Monatliche Vorauszahlung für Warmwasser (7,20), and a total of 62,70 RM.

Und diese horrenden Miete muß aufgebracht werden von einer Mieterkassette, die sich zum Teil aus schlecht entlohnenden Arbeitern, miserabel bezahlten Angeestellten und kleinen Beamten zusammensetzt.

Los! Los! Wahlkartei einsehen!

Die Wahlkartei für die Stadt Dresden und den Gutsbezirk Albertstadt liegen nur noch bis mit Sonnabend den 7. Juni, täglich von 12 bis 20 Uhr, an den aus den öffentlichen Anschlägen ersichtlichen Stellen für jedermann zur Einsicht aus.

Los! Los! Wahlkartei einsehen!

Die Wahlkartei für die Stadt Dresden und den Gutsbezirk Albertstadt liegen nur noch bis mit Sonnabend den 7. Juni, täglich von 12 bis 20 Uhr, an den aus den öffentlichen Anschlägen ersichtlichen Stellen für jedermann zur Einsicht aus.



Der unmögliche Bürgermeister von Struppen

als Kloßwerfer und Lehrlingsmißhandler — Wie lange noch?

(Arbeiterkorrespondenz)

Struppen. Wir berichteten bereits über einen Vorgang beim Jagdsport in Struppen, bei dem der sozialdemokratische Bürgermeister Götter sich in gewalttätiger Weise an zwei Kellnerleistungen vergaß. Die Sache verhielt sich so, daß der Jagdsport des Stadtwaldschützen in Dresden als Jagdpächter den Jagd auf zwei Jahre fälligen Jagdsport arrangiert hatte. Vorherlich kann auf jeden Fall, von dem die Polizei ausschloß, sich auch ein sozialdemokratischer Bürgermeister nicht leisten. Als dieser und das nötige Konsortium Kellner (er soll immer etwas brauchen als der gewöhnliche Bierliebhaber) hinter die Fassade getreten habe, bemängelte sich keiner ein unglaublicher Interessen. Nachdem nicht mehr genügend

Küche als Verkaufshilfe verstanden waren, ludte er sich die Kellnerknechte als Objekte seiner Rache aus. Erst auf dem Saale, und dann, da es ihm dort nicht mehr zu heiß wurde, auf dem Saale der Straße. Er sammelte die Köpfe der Kellnerknechte solange zusammen, bis er von dieser Beschäftigung durch den Ausschuss getrennt wurde. Drei Wochen Dienstunfähigkeit waren das Ergebnis dieses Interesses bei dem einen Lehrling.

Im Gemeindevorstandeskollegium wurde ihm darauf ein einstimmiges Mißtrauensvotum (auch die SPD war gegen ihn) ausgesprochen. Die Amtshauptmannschaft kann den Vorgang. Trotzdem kann Herr Götter weiter amtiert. Er erhält sogar die Möglichkeit, durch Zuwendungen an die Eltern dieses Lehrlings (es sollen schon 200 Mark gezahlt worden sein) seine Schandtat an armen Proletariatskinder zu verwischen. Die Amtshauptmannschaft greift nicht ein. Was wäre wohl einem Kommunisten in diesem Falle passiert?

Mitteilungen ist bekannt, daß Herr Götter noch mehr solche „Schandtat“ auf dem Gewissen hat. So soll er nach einer

Handgreifliche Auseinandersetzung mit einem

polizei haben. Meldung soll erfolgt sein. Herr Götter darf aber trotzdem weiter amtiert. Heute wird bekannt, daß Herr Götter Meldung in solcher Extrabehandlung best. In Sohland ist man noch im Jagdsport zu sein. Trotzdem hat ihn die Amtshauptmannschaft bedingt. Schon das ist beschämend. Sie versucht ihm nicht allen Umständen zu helfen.

Während die Gemeindevorstandeskollegium erst in der letzten Sitzung erwidert hat, daß ein Ausschuss, der in gewalttätigen Mord, nicht als Ausschuss bezeichnet werden kann, während Kommunisten, die politische Auseinandersetzungen mit den Faschisten gehabt haben, nicht beteiligt wurden, werden Leute, wie Götter, im Amt belassen.

Wie lange noch die Amtshauptmannschaft?

Wird der Staatsoberhaupt, der bei Kommunisten so schnell ist, einreden? Wir sind nicht so naive, daran zu glauben. Der deutsche nationale Amtshauptmann braucht keine Sozialdemokraten und die brauchen ihn. Wie lange noch wollen sich die Arbeiter diesen Schandtal gefallen lassen?

Rechnet ab am 22. Juni durch Wahl der Liste 3!

„Kommen Sie mal aufs Gemeindeamt!“

Wer Wohnung braucht, muß in die SPD

(Arbeiterkorrespondenz)

Struppen. In Struppen eine Wohnung leer, so wird diese nicht sofort vergeben, sondern Herr Götter, Bürgermeister von Struppen, stellt sich seine Leute erst auf das Gemeindeamt, wo sie ein Verzeichnis über ihre Parteizugehörigkeit abgeben müssen. Einmal war er dabei an die jährliche Adresse gekommen. Der betreffende Einwohner hatte sich sofort mit einer

Schleuder an die Amtshauptmannschaft

gewandt. Bis heute ist aber noch nicht bekannt, ob das nicht eingereicht worden wäre.

Wie es scheint (siehe auch den Fall Jagdsport), hält der deutsche nationale Amtshauptmann diese Sozialdemokraten. So wird das Schuldenbuch immer größer. Herr Götter kann weiter

das Gemeindeamt als sozialdemokratisches Versteck

benutzen. Natürlich nur solange, als die wertvollen Einwohner von Struppen sich das gefallen lassen. Soll der Schandtal ja weitergehen? (1934)

SPD-Vizebürgermeister schickt seine Frau zur Straßenarbeit!

(Arbeiterkorrespondenz)

Leupoldsdorf. In Leupoldsdorf ist der Betriebsrat Herden von Hochdorf wohnhaft und zugleich Vizebürgermeister. Dieser Mann hat schon einmal gekündigt vor der Öffentlichkeit, und zwar, weil er eine Betriebsratsvorsitzende aus dem Fabrikbereich vertrieben wollte. Wir wollen gleich im Voraus sagen, daß dieser Mann SPD-Mitglied ist. In Leupoldsdorf

solten 200 Meter Straße geschottert werden. Erwerbslose und Angehörige gibt es hier in Hülle und Fülle. Man sollte nun glauben, daß man hier die Erwerbslosen in Arbeit und Brot bringt. Aber weit gefehlt. Es wurden zu dieser Arbeit keine Männer herangezogen, sondern Frauen. Als diese Arbeit in der Gemeindevorstandeskollegium besprochen wurde, hätte man glauben sollen, daß der SPD-Vizebürgermeister Herden und das Ausschussmitglied Hippel (SPD) als Arbeitervertreter dafür sorgen würden, daß gerade hier in a. u. l. i. e. Ausgetretene in Frage kämen. Herden sprach nicht dagegen (!), daß die Frauen diese Arbeit durchführen. Er weiß aber doch, daß die Frauen billiger arbeiten als Männer. Hat er doch auch eine Frau, die an dieser Arbeit beteiligt ist! Diese Arbeit soll nach SPD-Grundriss Frauen nicht zugewiesen werden. Sondern werlen und Wähler pumpen ist immerhin nicht leicht. Und dafür sind Männer zur Genüge vorhanden. Die Arbeiterheit von Leupoldsdorf wird sich das Verhalten der „A. u. l. i. e.“-Arbeitervertreter merken und bei den Landtagswahlen diesen Leuten die Rechnung geben. (AR 1319)

Gute Ergebnisse der Landagitration

(Arbeiterkorrespondenz)

Treital. Herzogswalde und Treitaler Genossen und Genossinnen vertrieben in den kleinen Landorten Herzogswalde und Grund bei Hohorn am letzten Sonntag in kurzer Zeit 70 Arbeiterstimmen und über 30 Broschüren, gleichzeitig bestanden Jugendgenossen den Ort Herzogswalde mit den Partolen; Wählerkommunisten, Liste 3! Die Genossen haben somit eine gute Vorbereitung für die Landtagswahl geleistet! Alle Treitaler Genossinnen und Genossen beteiligen sich zeitlos am nächsten Werbenag, am Kosten Landtagstag, 13. Juni, in Wilsdruff!

Achtung! Neuaufnahmen! Achtung!

Der Bezirksparteitag beschloß: Das Eintrittsgeld wird auf 20 M. herabgesetzt. Das Eintrittsgeld muß ausnahmslos von allen Ortsgruppen und Stadtteilen bei der Einbringung der Neuaufnahmen in Briefmarken beigelegt werden. Ausnahmen, die ohne Geld eingehen, können nicht ausgehelt werden.

Dorfheim wird Liste 3 wählen!

Das ist die richtige Antwort auf den Schacher in der letzten Gemeindeverordnetenitzung

Dorfheim. Die letzte Gemeindeverordnetenitzung vom 28. 5. zeigte in aller Deutlichkeit auf, wie die einzelnen Parteien die Interessen ihrer Wählerschaft „mahnehmen“. Zum Haushaltsplan werden von anderer Seite keine Einwendungen gemacht. Genosse Schulze beantragt, im Kapitel Wohlfahrtswesen für Hilfsbedürftige (hier, Unterstützung für die ausgeschickten Erwerbslosen) 3000 RM 5000 RM einzulassen mit der Begründung, daß die Gemeinde mindestens mit einer Zahl von 30 Unterstützten im Jahresdurchschnitt zu rechnen hat und über die Unterhaltung hinaus Mittel für Gehältern, wie für Miete, Kleidung und Heizmaterial in den Etat eingestellt werden müssen. Dieser Antrag löste ein weiteres, zur Wählerleistungsangriff den gleichen Betrag wie im Vorjahr einzulassen, wird mit allen gegen die Stimme des Gen. Schulze abgelehnt. Das gleiche ergeht bei der Abstimmung zum Haushaltsplan und das gleiche Verhältnis wiederum bei der Abstimmung über die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer. Gen. Schulze betont hier, daß er als Vertreter der arbeitenden Schichten niemals einer Steuer zustimmen könne, welche einzig und allein die arbeitenden Massen belastet. Auf Grund von einer Verabredung des Bezirksratsamts soll die Zahl der Gemeindeverordneten im Schulsaal von bisher 6 auf 5 herabgesetzt werden. Nach einer Aussprache darüber ziehen sich die bürgerlichen Fraktionen zu einer Besprechung zurück und schlagen dann eine Regelung inoffen vor, als sie Baumheier Förner als Verordneter zurückziehen, aber dafür unseren Gen. Götter als Ersatzvertreter hinausschieben wollen, um an dessen Stelle Albin Baumgart (Kandidat auf bürgerlicher Liste) hineinzubulancieren. Hier tritt die SPD auf den Plan und erklärt sich damit auch nicht einverstanden. Durch Mehrheitsbeschluß wird dann der Schulsaal aufgelöst und Neuwahl auf die nächste Sitzung verschoben. In den Wahllokalen zur Landtagswahl werden die Verordnet. Horn (SPD), Gen. Götter, Herfel (bürgerl.) und Gen. Schulze gewählt. Bei dem Besuch des Wählerzweiges der Mieter von den Besitzern der Grundstücke, welche sich nicht an die Ballotierung anschließen haben, zeigte sich deutlich die Ziel-Lungnahme der Bürgerlichen. Sie betonen zwar, daß der Mieter keinen Wählerzweig bezeichnen brauchte, aber einem Erfolg konnten sie nicht zustimmen und auch nicht, daß die Gemeinden den betreffenden Wählern in der Form einen Schein zuleitet, daß der Hauswirt hier nicht bestraft sei, die auf die Mieter fallende Berechnung des Wählerzweiges von diesen zurückzuführen. Nach einem Schreiben des Arbeitsamtes Treital hat es dort der Geschäftsführer die Ausschreibung, den Forderungen der hiesigen Erwerbslosen auf Errichtung einer Kontrollstelle im Orte zu entsprechen mit der Begründung, daß keine Mittel hierzu vorhanden seien. Ein weiteres Beispiel reaktionärer Ausbeutung und was als Folge weiteren Verfalls abhand, infolgedessen durch den Staat, bedeutet, findet seinen Ausdruck in dem Schreiben des Postamtes Tharandt, wonach beabsichtigt ist, den Postbetrieb mittels Kraftverkehrs von Tharandt aus zu regeln, daß man im Orte eine Person sucht, welche politisch nicht hervertritt, einen Raum für jährlich 60 RM zur Verfügung stellt, die Vorkosten im Orte bei einer Bezahlung von täglich 6 Stunden zu je 30 M. übernimmt und alle übrigen Vorkosten erledigt, wonach für diese Person den ganzen Tag zur Verfügung zu stellen hat. Für alles insgesamt soll dann der horrenden Monatsgehalt von 100 RM (in Worten: Einhundert Mark) gezahlt werden. Diese Stelle soll ausgeschrieben werden. Ein Warnungssignal für die Postbeamten! Zuletzt kam der Antrag des Gen. Schulze, den ausgeschickten Erwerbslosen Wohlfahrtswesen

leistung in Höhe der Höhe der gehobenen Fürsorge zu gewähren, zur Behandlung. Gen. Schulze führt hierzu an, daß diese Sätze diejenigen sind, welche die Altersrenten ersetzen und man demzufolge mindestens auch diese den zuzuerkennen muß, welche im Falle ihrer vollen Lebenskraft stehen. Der Vorsitzende des Wohlfahrtswesens Ausschusses (SPD) will aber nur für den neugehöhenen Satz des Bezirksfürsorgeverbandes, nach welchen für Alleinstehende ohne eigenen Haushalt in der gehobenen 4 RM und in der allgemeinen Fürsorge monatlich 27 RM gezahlt werden, angewendet wissen. Böttner (SPD) tritt für den Antrag ein und muß manches aussprechen, mit welchem er bestimmt in den Gegenzug zu der sozialdemokratischen Parteiüberzeugung kam. Bei der Abstimmung zeigt sich, daß nur 4 Verordnete, und zwar Götter, Herfel, Götter und Herfel gegen diesen Antrag sind. Die bürgerlichen Vertreter sind deshalb aus dem Häuschen geraten und nun um den Gipfel der Arroganz die Krone aufzusetzen, behaupten diese, sie wären sich im unklaren über den Antrag gewesen. Der Bürgermeister, als Vorsitzender, dem dieses Resultat ebenso nicht angenehm war, bezeichnet nun die Abstimmung als ungültig. Gen. Schulze tritt dem entgegen und der Bürgermeister schließt darauf in ohnmächtiger Wut Interjektion die Sitzung, ohne das Abstimmungs-ergebnis protokollieren zu lassen. Doch gemäß ihr Betreten! Die Arbeiterheit wird ihren Voten einstimmen und unter Führung der SPD, welche auch in unklaren Orte unaußerlich wächst, den Kampf aufnehmen für Arbeit und Brot. Klauenbewußte Arbeiter, an euch aber der Ruf: Hinein in die SPD und los! Das Organ der Arbeiter, die Arbeiterstimme“. Zur Landtagswahl wählt Kommunisten, Liste 3! (AR 1336)



Wittwoch, den 4. Juni
16:30: Uraufführung von Schallplatten, 18:30: Wellernote ausgabe und Zeitungsabe, 18:45: Italienisch, 19:15: Arbeitsschau, 19:30: Mischelektrofon, 19:45: Gespräch zwischen Zeitsungs-, Bild-, Film- und Rundfunkreportern, 19:40: Einleitungsbericht, 20:30: Schloffer, 21: Zeitungsabe, Wettervorhersage, Preisbericht und Sportfunk. Anschließend: 21: Unterhaltungsmusik.

Donnerstag, den 5. Juni
16:30: Nachmittagskonzert, 18: Vortrag: Kinderunarten, 18:30: Wettervorhersage und Zeitungsabe, 18:45: Spanisch, 18:45: Streuerundfunk, 19: Vortrag: Hausarbeiter und Kopfarbeiter, 19:30: Militärmusik, 21: Das hohe Weid (alte Schmalte), 22: Kunsthilfe, Zeitungsabe, Wettervorhersage, Preisbericht und Sportfunk. Anschließend: Kunsthilfe.

Raucherzähne. Die Spezialkonstruktion der Oberdent-Zahnbürste ermöglicht das Reinigen und Weißputzen der Zähne auch an den Seitenflächen. Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Oberabent-Verkaufsstellen.

Die „Näherinnen“ in der Großen Frohngasse

Den Sehern der Hygieneausstellung wird vieles gezeigt: Erfindungen, Fortschritte, Technik, zwanzigstes Jahrhundert — was will es nicht. Es wird sowohl gezeigt und lobend gelobt, daß man über den bestimmt „wichtigen“ Punkten der Theorie und den wunderbaren Statistiken über die notwendigen Kalorien hinweg, verhält, etwas eingehender von der Praxis zu sprechen. Wenig — das wäre peinlich, und die Hygiene“ samt Schönheit könnte dabei stehen gehen. Deshalb schreit man lieber. Man schweigt von den Wohnverhältnissen in nächster Nähe der Ausstellung. Man schweigt von den Unterhaltungsweisen des Vierzehnten. Man schweigt von Vorhandensein — der Prostitution in Dresden.

Interview mit einer Prostituierten. Man kommt schwer an sie heran. Sie kann erst nicht recht begreifen, daß man „das“ nicht von ihr will. Die moralisierenden Bourgeois, die regelmäßig hier ihre Minderwertigkeitskomplexe adreuzierten pflegen und „Lehmann“ spielen, geben ihr Geld nicht umsonst. Die Prostituierte versteht es nicht ganz, daß sie heute nichts „tun“ soll. Nur antworten und betiteln.

Wie sie hierhergekommen ist.
Wie? Ganz einfach. Mit 16 Jahren ging ich in Stellung. Mein Chef wurde allmählich immer dreister, lud mich schließlich in ein Weinstal ein — am anderen Morgen war ich in einem Arbeitszimmer. Das Schweiß ließ mich fröhlich sein auf die Straße — dazu noch ein Kind. Was soll man da weiter machen...? Sie lacht bitter. „Wer will denn mit unsereinem was zu tun haben? Das heißt, man vertritt gleich. Schert sich denn jemand um einen?“

Über eine andere. Vandalarbeiterin. Will sich in der Stadt „verdieben“, findet keine Arbeit. Wird schließlich ausgebeutet. Von der Fürsorge bekommt sie nichts; dank der Hilfe des „sozialen“ Staates also — daselbst Ergebnis.

Alle gehen für einem gute Karikaturen — aber nicht zu freuen!

Ein Bericht wie der andere. Vom Unternehmer mißbraucht und aus Straßenplätzen geworfen. Von der Arbeitslosigkeit gepeinigt. Vom Elend gequält. Vom Hunger gezwungen, sich zu verkaufen. Immer wieder daselbst.

Die Bourgeoisie redet nicht davon.

Dann die andere Seite. Die kapitalistische Gesellschaft deutet sich ihre Opfer aus bis zum Ende.

Was ein Zimmer kostet? Nun! — ach; bis zehn Mark den Tag...

Den Gewinn schmeckt der Forderungshüter und — der Staat, der aus der Not der von ihm zum „Abbau“ Gehtempeln immer weitere Profite schneidet. Außerdem ist es den Wadels so unmöglich gemacht, aus dem Sumpf herauszukommen. Jehu Markt am Tag — das, was sie verdienen, indem sie sich von jedem Bourgeois in den Treid teilen lassen müssen, reicht gerade zur Zimmermiete...
„Die Komödie geht aber noch weiter. Auf dem Finanzamt sind wie „Näherinnen“ eingestiegen.“
„Was — ihr merdet also auch noch beiteuert?“
„Aber feste! Eben nach dem Einkommen einer „Näherin!“ Und dann — die Kirche fordert außerdem noch Steuern...“
Waffen, Staat und Bourgeoisie Arm in Arm: vertampeln das erbärmliche „Leben“ der von ihnen zur Prostitution gezwungenen. Jetztampeln hunderte Jetztampeln Tausende.
„Wenn wir Schweiß haben, können wir „Schleherin“ werden — Kuppelmuster „Seh“ — je schüttelt sich — mit Streckhölzern handeln...“

Auf die Welt werden von der herrschenden Klasse Erzählungen vernichtet. Wenn es gut geht, predigt sie vielleicht noch Moral, während sie alles tut, um mit „Erlaßen“ und Gekleinert. „Macht“ perographen und Eisföhrchen ihre „Kashi“ ihren Opfern ins Gesicht zu schlagen.
Die Prostitution ist das Produkt der kapitalistischen Gesellschaft. Sie wird solange dauern, bis diese Gesellschaft von den Proleten zum Teufel gejagt worden ist!

Wo steht die junge deutsche Literatur?

Der Genosse H. C. Weisbach zeigte in einem außerordentlich guten Referat vor der Falsch des Marxismus die typischen Hauptströmungen in der gegenwärtigen Literatur Deutschlands auf. Er ging dabei weniger auf Einzelheiten ein als (was besonders wertvoll für den Arbeiter ist) auf das Prinzipielle, Grundlegende, auf die innere Linie, die sich hier verfolgen und analysieren läßt.

Audem er an Hand von Beispielen und Leitproben die Theorie und Praxis der sogenannten „jungen“ deutschen Literatur darlegte, gab er überzeugend zu erkennen, daß die heute bei der Bourgeoisie so beliebte Parole des Generationenunterschiedes nur dazu dient, den wahren Kern der kapitalistischen Gesellschaft, den Klassenunterschied und den Klassenkampf, zu verschleiern.

Genosse Weisbach wies die beiden Väter innerhalb der bürgerlichen Literatur der Gegenwart nach: Auf der einen Seite steht die Weltlichkeit in die Kunst, Verzagtheit aber Zukunft; auf der anderen Seite Verneinung des Fortschritts ohne jeden Respekt, d. h. Anarchismus. Die Ermüdung geht aber weiter als die in diesen Abhandlungen. Die Güte des kapitalistischen Systems und seiner Proleten wird gelehrt durch die proletarische

rische Revolution (Sowjetunion) und die proletarische Revolutionäre neue Literatur, die auch in Deutschland bereits ihre ersten Anfänge zeigt und früher nicht nur im Inhalt die Tradition der bürgerlichen Literatur umwirft, sondern auch die äußerliche Romanform verzieht, um etwas ganz Neues hervorzubringen.
Die Diskussion ging auf verchiedene Einzelheiten, besidliche Bücher und einige Fragen ein, die das Thema des Abends eigentlich überschritten. Es ist schade, daß man nicht öfters ein so gut aufgebautes, marxistisch durchdachtes und — sachverständiges Gespräch zu hören bekommt. Und schade ist auch, daß bei dem schwachen Besuch des Abends nicht die besten Arbeiterkreise angewandt waren. Denn das Referat des Genossen Weisbach hätte es wahrhaftig verdient!

Kesseldentheater. „Adieu Niemi“ Eine Operette, die nicht aus dem Rahmen der in der letzten Zeit zur Ausführung gelangenen inhaltlosen Operetten fällt. Was sie brachte? Einen Erfolg der Kesseldentheater!

Die Arbeiterchauspieler für die 3fa

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Ortsgruppe Dresden des Arbeitertheaterbundes Deutschlands befahte sich in ihrer Mitgliederversammlung am 29. 5. mit der kulturpolitischen Situation in Deutschland. Genosse Horn sprach über die Situation über Amden und Ziel der 3fa und deren Beziehungen, durch Zusammenfassung der kulturellen Arbeit der Arbeiterklasse der kulturpolitischen Reaktion einen Damm entgegenzusetzen. Das allem aber gilt es, der starken Völkerverflechtung verschwendeter Arbeiter-Kulturorganisationen Inhalt zu geben und sie zu hochbewussten, revolutionärer Kulturarbeit zu führen. Von den vielen Kulturorganisationen des Proletariats hat der Arbeitertheaterbund Deutschlands als einer der ersten sich auf seine Aufgaben beonnen und das Arbeitertheater in den Dienst der revolutionären Kulturorganisation gestellt, seine Mitglieder zu hochbewussten Kulturkämpfern erogen. Agitatoren der Revolution, das sind heute die Arbeiterchauspieler.

Flämenberühmt, Wintern, Republikanismen, Junier, Herbst, Polizeimilitär bedienen uns, bedürfen alle Anzeichen des Proletariats. Zusammenfassung der Kräfte, revolutionäre Massenmobilisation werden dem Angriff des Nationalismus entgegen können, um zum Volkstum, um Freiheit zu gehen. Diese Aufgabe hat sich die 3fa gestellt. Die Ortsgruppe Dresden des Arbeitertheaterbundes stimmte deshalb in ihrer Mitgliederversammlung vom Beschluß des Bundesrates des 4. 5. 34, D. befreit zu werden an, die Arbeiterchauspieler für die Arbeiterkultur zu werden und die 3fa-Organisation zu sein.

Erwerbslose, schließt die Kampffront gegen neuen Unterstüchtungsraub!

Der Plan der Bürgerblockregierung, einen neuen Raub an den Erwerbslosen zu vollziehen, liegt jetzt in aller Deutlichkeit vor. Dieses Schandwerk, das den Verarmten das letzte Stück Brot vom Munde reißt, ist von der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und Unternehmervertretern gemeinsam geleitet wird, ausgearbeitet worden.

Dieser Entwurf ist das Ungeheuerliche, was auf dem Gebiet der reaktionären Gesetzgebung in Deutschland in den letzten Jahren je zustande kam.

Was bringt der neue Raubzug?

1. Arbeitslose, die nicht eine Anwartschaft von 1 Jahr erreicht haben, jedoch mindestens 26 Wochen Anwartschaft aufweisen, erhalten nicht mehr die volle Unterstützung, sondern nur noch die Höhe der Krisenfürsorge.
2. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren erhalten überhaupt keine Erwerbslosenunterstützung mehr.
3. Arbeitslose über 56 Jahre erhalten ebenfalls keine Unterstützung mehr.
4. Kürzung der Unterstützung um 50 Prozent für berufstätige Frauen, falls der Mann Unterstützung erhält.
5. Verschlechterung der Anwartschaftszeit für den Bezug der Krisenunterstützung.
6. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll auf vier Prozent erhöht werden.

Schon allein nach dem 1. Punkt des Abbauvorschlages werden alle diejenigen Arbeiter, die heute keine jahrelange Beschäftigungsmöglichkeit mehr finden und immer wieder den Arbeitsplatz verlieren müssen,

nicht mehr in den Genuss der vollen Unterstützung kommen.

Die Statistik zeigt, daß 70 Prozent aller Erwerbslosen vor ihrer Arbeitslosmeldung keine 52 Wochen ununterbrochen beschäftigt waren. Zwei Drittel aller Erwerbslosen sind damit von der vollen Unterstützung ausgeschlossen.

Die Jugendlichen sollen vollkommen dem Hungerperiode überliefert werden!

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen will die Bürgerblockregierung 260 Millionen RM einsparen, um sie dann der Reichsmehr, Polizei und ähnlichen Zwecken zur Verfügung zu stellen.

Die SPD-Führer und die ADGB-Bürokratie heucheln zwar eine angebliche Opposition, aber sie rühren keinen Finger, um den neuen ungeheuerlichen Raubzug zu verhindern. Sie waren es, die den Unterstüchtungsraub im vorigen Herbst durchgeführt haben, sie werden auch den jetzigen Raubzug hinnehmen.

Auf allen Gebieten stoßen die Unternehmer mit brutaler Gewalt vor, um die Lebenslage des Proletariats weiter herabzusetzen, um die Profite zu erhöhen. Neben den Massenentlassungen und der dauernden Kurzarbeit in den Betrieben stoßen sie verstärkt dazu über, die Hungerlöhne abzubauen.

Die Gewerkschaftsbürokratie kündigt die Lohn-tarife nicht. Sie verhindert einen geschlossenen Kampf aller Ausgebeuteten

Angeknüpft durch dieses Zögern kündigt die Unternehmer nun sich aus die Tarife, um dadurch den

Lohnabbau auf breiterer Basis

durchführen zu können. Trotz riesiger Erwerbslosenzahlen weisen die jüngsten Schiedsprüche eine

Arbeitszeit bis zu 57 Stunden

auf. Der neue Abbau der Erwerbslosenunterstützung soll jetzt in der Zeit der heranwachsenden Wirtschaftskämpfe die Arbeitslosen zwingen, sich für billiges Geld in den Betrieben anzusetzen und dadurch zu Streikbrechern und Lohnrüdnern zu werden.

Das muß verhindert werden!

Organisiert die einheitliche Kampffront aller Ausgebeuteten, Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zum Kampf gegen dieses marische System, das sich nur noch am Leben halten kann auf Kosten der Arbeiterklasse, durch die Vereklendung breiter Massen!

Antwortet auf diesen frechen Vorstoß des Truistkapitals mit dem Gegenangriff!

Fordert ausreichende Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit! Kämpft mit den Betriebsarbeitern

Kampfaufruf der Erwerbslosenausschüsse

Schließt die Reihen zum Kampf!

Alle Arbeiter unter Führung der KPD um Lohnerhöhung und Siebenstundentag! — Für Liste 3!

Eine Konferenz der Erwerbslosenausschüsse des Unterbezirks Chemnitz, die vor einigen Tagen stattfand, und an der 46 Vertreter der einzelnen Ortsausschüsse teilnahmen, beschloß einstimmig nachfolgenden Aufruf an alle Erwerbslosen und Betriebsarbeiter:

Klassgenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die ungeheure Erwerbslosigkeit zeigt klar den Zerfall der planlosen kapitalistischen Wirtschaft. Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, unerhörte Ausbeutung und Verelendung der Werktätigen sind die Folgen.

Dem gegenüber steht der unaufhaltsame Vormarsch der Sowjetunion auf dem Wege zum Sozialismus! Befreiung der Erwerbslosigkeit, Beseitigung der Wohnungsnot, handliche Verbesserung der Lebenslage der russischen Arbeiter und Bauern, 7-Stunden-Tag und 5-Tage-Woche sind die sichtbarsten Erfolge!

Die imperialistischen Räuber und deren sozialdemokratische Lackaien organisieren den Kampf gegen das Reichland aller Werktätigen; aber am geschlossenen Kampfwillen aller Ausgebeuteten werden diese Raub- und Kriegspläne gescheitern. Die Erwerbslosen geloben, alle Kräfte zum Schutze der Sowjetunion zu sammeln.

In Deutschland wurde durch die Annahmen des Youngplans die Feldzug auf die Welt hinaus eingeleitet. Rote, Massenentwerter, Abbau der Sozialversicherungen sollen die Erwerbslosen zwingen, ihren in den Betrieben stehenden Klassenangehörigen in den Rücken zu fallen, sie zu Lohnrüdnern und Streikbrechern zu machen.

Arbeitszeiterhöhung, Lohnabbau und erhöhte Arbeitsleistung, das sind die Ziele der Unternehmer! Durch die Pflicht-

um Lohnerhöhung und Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Es ist eine Lebensfrage für die Erwerbslosen, ihre Organisation, die Erwerbslosenausschüsse, sofort auszubauen.

Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen sich alle Arbeiter, organisierte oder unorganisierte, parteilose wie auch sozialdemokratische Kollegen, gemeinsam gegen diesen mörderischen Anschlag auflehnen!

Es ist die Pflicht der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Betriebsräte, sofort Besetzungssammlungen einzuberufen und unter Einziehung von Erwerbslosen gemeinsame Kampfbeschlüsse fassen.

Schändlich! Nochmals schändlich!

Vier Zitate — Arbeiter, merkt euch diese Worte!

„Herr Schieck ist Mitglied der Deutschen Volkspartei, ebenso wie der verlassene Herr Büniger. Nach allem, was man bisher von diesem Schieck weiß, haben wir es bisher mit einem Mann zu tun, der so recht nach dem Herzen der Reaktionen ist.“

„Der Ministerpräsident Schieck, der jetzt die Annahme seiner Wahl erklärt hat, übernimmt das Volksbildungsministerium. Der jetzige Innenminister Richter behält seine bisherigen Ministerien. Dr. Mannfeld bleibt Justizminister, und der bisherige Ministerialdirektor im Finanzministerium, Dr. Hedrich, wird Finanzminister.“

„So war die Büniger-Regierung ein Kabinett der sozialen Reaktion... Der Ausweg für die Reaktionen sollte ein „unpolitisches Beamtenkabinett“ bilden, das in Wirklichkeit eine Regierung der Deutschen Volkspartei und ebenso Beauftragter der Industriellen ist, wie die gestürzte Büniger-Regierung.“

„Zweifellos würde man dem größeren Teile der Mitglieder der verlassenen Regierung (Schieck. Die Red.) unrecht tun, wenn man ihnen arbeiterfeindliche oder reaktionäre Gesinnung nachsagen wollte.“

Um die Große Koalition zu erreichen, begehen die Sozialdemokraten jede Schändlichkeit. Die Worte Arndts in der Gewerkschaftszeitung des ADGB sagen jedem Arbeiter ganz klar, daß die Gewerkschaften vollständig abbau und dem Raub der Erwerbslosenunterstützung. Gewerkschafter! Sozialdemokratische Arbeiter! Beantwortet diese Schändlichkeit mit der

Wahl der Liste 3, Kommunistische Partei!

Deutsche Werkstätten vor dem Arbeitsgericht

Aufsichtsrat Blum kann nicht verstehen, daß die Arbeiter pünktliche Lohnzahlung verlangen

Zu oft schon hatte die Belegschaft der Deutschen Werkstätten in Hellerau am Wochenlohn stets nur einen Teil des Lohnes ausgezahlt erhalten. Lohnrückstände häuften sich und die Arbeiterkassen sahen sich in sehr bedauerliche Lage. Am 7. April 1930 fand eine Sitzung des Betriebsrates dieser Sitzung die Erklärung ab, daß am folgenden Sonntag die Rückstände ausgezahlt würden. Betriebsratsmitglied Genosse Schloffer bewertete diese Zusage etwas anders und ließ das Wort „Pünktlich“ fallen. Blum fühlte sich dadurch in seiner Ehre gekränkt. Er lud sofort das Schlichtungsgremium ein.

entließ den reifen Betriebsrat fröhlich.

Genosse Schloffer erkannte nach am gleichen Tage in einer Erklärung an „den Ausschussmitgliedern grundsätzlich immer die Wahrheit“. Es mußte aber nicht, Blum behauptete, er sei als Richter eingestellt worden und lehnte eine Weiterbeschäftigung strikte ab. Für die Zeit vom 7. April bis vorläufig

10. Mai 1930 mußte Genosse Schloffer nun seinen Lohn beim Arbeitsgericht eintragen. Klar und einfach wie selten war die Sache. Der junge Betriebsrat fährt, konnte nur bestätigen, daß der Ausbruch Lüge gefallen sei, nicht aber Blum. Dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Kästner genügte dies schon zur Begründung des schmachvollen Scheiterns der fruchtlosen Entlassung. Als ihm der Gerichtsvorsteher Dr. Weinhold die Aufstellung des Gerichts, die zu einer Verurteilung der Deutschen Werkstätten führen würde, bekanntgab, bot er einen Verlaute an. 300 RM sollte Schloffer noch erhalten (die Klage lautete auf 300 RM), im übrigen aber auf den Schatz als Betriebsrat und Schwerbeschädigter verzichten.

Dieses „Angebot“ wurde natürlich von Schloffer abgelehnt.

Hierauf wurden die Deutschen Werkstätten zur Zahlung verurteilt. Die Unternehmensräten des Aufsichtsrates Blum haben in vielen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht der K. M. S. schon eine beträchtliche Summe Geld gefordert. Aber die Deutschen Werkstätten haben es ja

Nationalsozialistische „Arbeiter“partei

Die Partei der Fabrikanten

Betrübe für Generäle, Akademiker und Adlige — Ein Bergwerksbesitzer als Leiter nationalsozialistischer Sozialpolitik

Die Nationalsozialisten nennen sich „Arbeiterpartei“. Welche Rolle der Arbeiter in dieser Partei spielen darf, zeigen deutlich die Ausführungen des ehemaligen nationalsozialistischen Leiters Friedrich K. K. K., der in seiner Broschüre „Unter dem Hakenkreuz“ neben anderem schreibt:

„Dr. Goebbels ist einer von denjenigen, die grundsätzlich behaupten, daß die Arbeiter keine Führerrolle übernehmen dürfen, da diese nur den Akademikern zusteht.“

Nach diesem Rezept Goebbels, des Berliner Gauleiters, handeln auch die Nationalsozialisten. So sind die Nationalsozialisten im Reichstag durch zwölf Abgeordnete vertreten, von denen zwei dem Adel angehören, und zwar Graf Reventlow und von Epp. Von den Kriegsteilnehmern unter ihnen waren fünf Offiziere, nämlich von Epp, der als General die Front verließ, ferner Buch, Göring, Straßer und Willifens. Beruflich ist die Reichstagsfraktion dieser „Arbeiter“-Partei so zusammen:

Ein höherer Beamter und jetzt Minister (Preis mit einem Jahresgehalt von 18 000 Mark als Minister und 9 000 Mark als Abgeordneter, zusammen 27 000 Mark), ein Landwirt (Willifens), vier Vertreter freier Berufe (Ingenieur Straßer und der Schriftsteller Goebbels, Göring und Graf Reventlow), zwei Lehrer (Wagner und Straßer), ein Monteurmeister (Dreher) und ein gelber Gewerkschaftsleiter (Stöhr). Schließlich haben zwei Abgeordnete den Beruf des Pensionärs; Buch bezieht 5 000 RM als Major a. D., Ritter von Epp bezieht 17 000 RM als arbeitsloser Generalleutnant a. D.

In der sächsischen Landtagsfraktion der Nationalsozialisten nimmt es von Fabrikanten und ehemaligen Offizieren. Teils führt der schmerzliche Mitleid mit dem großen Wort. Unter den neun Abgeordneten, die als Landesrat dem sächsischen Landtag angehören, als Bergwerksbesitzer Wagner (Ebenroth) in ihrer Parteizentrale Arbeiter kann sich da vorstellen was für eine „Sozialpolitik“ die Nationalsozialisten im Sinne haben müssen, wenn sie ausgezogen einen imperialistischen Bergwerksbesitzer mit ihrer Leitung betrauen. Ein Kapitel für sich ist aber erzieht sich der besonderen Günst und persönlichen Kreundschaft eines Rindorfs, des Führers der Schmetzindustrie in der Vorkriegszeit, dem selbst die wilhelminische Sozialpolitik viel zu sozial war, eines Vorkriegs, der als Berliner Metallindustrieller Abbau der gesamten Sozialpolitik zu seinem Programm gemacht hat, und einer ganzen Reihe von anderen schmerzlichen Willifens, die als Geldgeber und Einpfeifer diese Partei zu einer Hauptstütze gegen die Arbeiterklasse entwidmet.

Kampf allen Feinden der werktätigen Klasse! Die Erwerbslosenausschüsse geloben, in allen Versammlungen, auf allen Stempelfellen und allerorts für die einzige Partei, die KPD, zu stehen und am 22. Juni 1930 reiften Kämpfen

Gegen National- und Sozialfaschismus! Für die Diktatur des Proletariats! Für ein Sowjet-Deutschland!

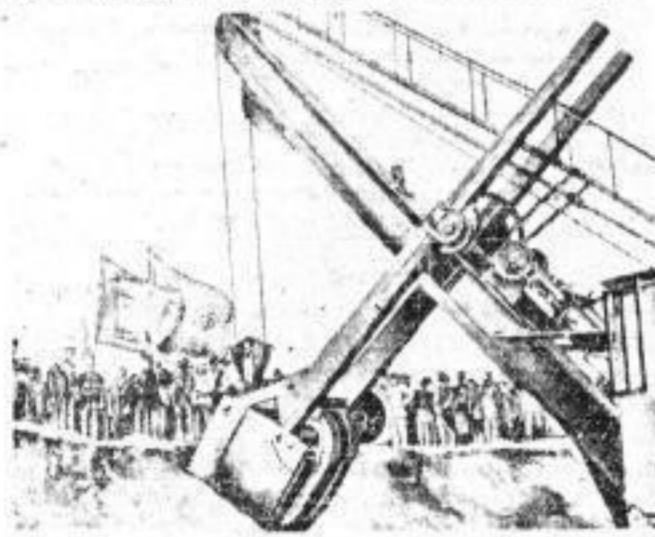
Rund um den Erdball

Lübeck: 26. Säugling gemordet

Die Mörder immer noch in Amt und Würden

Das Lübecker Gesundheitsamt ist gezwungen zu berichten, daß sich die Zahl der durch den mörderischen Kolmetz-Schmutz hingerissenen Säuglinge protestantischer Herkunft um weitere zwei erhöht hat. Hiermit ist die Zahl der Toten ausschließlich der drei zweifelhafte Fälle auf 26 gestiegen. Die Hauptverantwortlichen aber an diesem Massensterben, die Lübecker Ärzte Wittstedt und Zehle, sind immer noch in Amt und Würden.

VonderMaas bis an die Schelde



Bel Lannys in Belgien ist der Bau eines Kanals in Angriff genommen, der eine direkte Verbindung zwischen Lüttich und Antwerpen, also zwischen der Maas und der Schelde, herstellt. Der Kanal wird nicht nur für Belzien von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein, sondern auch dem Handelsverkehr von ganz Westeuropa dienen. Die erste Baggermaschine wurde, wie unser Bild zeigt, mit großem patriotischen Klänblum und Trara in Gang gesetzt.

Blutige Schmugglerschlacht in Detroit

17 Tote

Newark, 3. Juni. Die Bewohner von Detroit wurden in der vergangenen Nacht durch das Knattern von Maschinengewehren aus dem Schlaf geweckt. Vor den Türen der Stadt hatte sich zwischen Alkohol-Schmugglern und der Polizei ein regelrechtes Feuergefecht entzündet. Die Schmuggler sahen sich schließlich, nachdem sie 15 Tote zu bezeichnen hatten, zur Flucht gezwungen. Auf Seiten der Polizei gab es zwei Todesopfer.

Den Scheckschwindlern wird's immer saurer gemacht



Ein englischer Kaufmann hat kürzlich eine Erfindung gemacht, die, sollte sie sich bewähren, den Scheckschwindlern nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten wird. Der Erfinder hat kleine Photographien benutzt, die das Bild des Unternehmers tragen und auf den betreffenden Scheck oder Wechsel geklebt werden. Die Unterschrift wird dann oder durch das Bild geschrieben. Der Erfinder glaubt, daß es wohl ein leichtes ist, eine Unterschrift nachzuahmen, doch dürfte es schwerer sein, sich auch gleichzeitig das Bild des Betreffenden zu beschaffen. Die Erfindung wird gegenwärtig von dem englischen Bankhyänen lebhaft diskutiert. Hoffen sie doch dadurch endlich ein Mittel gefunden zu haben, um die kleinen Hyänen auszuschalten. Unser Bild zeigt den Erfinder beim Gebrauch der neuen Erfindung.

Der „heilige Krieg“ gegen das Strandbad

„Geliebte Diözesanen, tragt um Gottes willen in Frei-Licht-Luft-Bädern christliche Badekleidung!“

Wie immer zu Anfang der wärmeren Jahreszeit, wenn das Willkommener der wertvollen Menschheit in Freibädern oder am sonnigen Fabelstrand von der mörderischen Ausbeutung Erholung sucht, werden christliche Heuchler und Muder ihre gescheiterten und geschornen Köpfe zusammen, um zu beraten, wie sie den nach Luft und Sonne verlangenden Menschen diese ohnehin ganz unzureichende Erholung vereiteln können. In diesem Jahre treibt es die christliche Muderbande, wie auf allen anderen Kulturgebieten, so auch hier ganz besonders toll. Hoffte man noch, ohne daß nicht irgendein kirchlicher Oberhaupt von der Kanzel oder in den kirchlichen Käseblättern gegen das öffentliche Baden Sturm läuft.

Um diesen „heiligen Krieg“ gegen das „unanständige und unchristliche Strandbade“ auf der ganzen Linie zu organisieren, hat sich einer dieser Heuchler im oberhöchsten christlichen Auftrag eine Broschüre geschrieben, für die eine Massenauflage vorzuziehen ist. Die gesamte katholische Presse empfiehlt diese Broschüre als eine „moralische Hilfsmasse“ für den „hochwürdigen Seelsorger, die katholischen Schulorganisationen, Elternräte, Lehrer und Lehrerinnen, Ständevereine, katholische Arbeitervereine, Stadträte und Gemeinderatsmitglieder“. Sie trägt den bezeichnenden Titel: „Strandbad, ist's wirklich so schlimm? Tatsachen und Bilder aus dem Strandbad von heute.“

Wir zweifeln nicht daran, daß diese in Kürze erscheinende Broschüre von vielen Muderern, deren Triebleben nicht „nach in der Ordnung ist“, als willkommenes erstes Lesestück fehrwürdig erwartet wird, um dann nach außen hin mit dieser „moralischen Hilfsmasse“ bewehrt, gegen das „unpflanzliche Baden“ anzumarschieren.

Der Strandbaderlaß des Bischofs von Münster

Einen Koraschmod von dieser Art gibt uns der „Strandbaderlaß“ des Bischofs von Münster, der sich in der Einleitung ausdrücklich dem Erlaß des Erzbischofs von Köln annähert, der bereits vor einigen Wochen einen „Aufruf, heutzutage jüdische Schanden im öffentlichen Bademeien“ erlassen hat. In diesem Erlaß fordert der Bischof von allen gewissenhaften Katholiken, „mit allem Entschluß, der ihnen zur Verfügung steht, darauf zu dringen, daß endlich wieder bei jeder Art öffentlichen Bades die

Erkennung der Bräutlichkeit durchgeführt und daß beim öffentlichen Baden wieder öffentlichen anständige Bekleidung getragen wird.“

Auch für genügende und wirksame Aufsicht sollen die Brauen Katholiken sorgen, denn sie wären für die Wahrung der Ordnung, der Schamhaftigkeit und der Sittlichkeit verantwortlich. Denn „wer ein gemäßigter Katholik sein will, darf nicht harmlos die Freigabe christlicher Sittlichkeit im Bademeien mit ansehen“. Denn „wer vor den Zeichen der Zeit — man denke an Kuhlands Propaganda für Sittenlosigkeit — nicht die Augen verschließt, muß es mit den bischöflichen Leitungen und Weisungen halten. Anlat um Gottes willen jenen nicht, die von christlicher Sittlichkeit nichts mehr wissen wollen, die vielmehr in der Abtumpfung des Schamgefühls ein erstrebenswertes Ziel zu sehen glauben. Christliche und neuchristliche Auffassungen stehen sich hier unversöhnlich gegenüber.“

Wo der Krummstab regiert, steigen aber die unehelichen Geburten

Obwohl der Bischof von Münster in seinem „Strandbaderlaß“ die sich jedoch dieser Muderheit in der Praxis auswirkt, dafür ein Beweis aus einer Source, in der der kirchliche Einfluß aufschreien ist, nämlich aus dem besonders trüben Bistum Gurk in Kärnten. In diesem katholischen Alpenlande, in dem fast vor jedem Bauerhause ein Kreuzfeld hängt,

sind 80 von 100 aller geborenen Kinder unehelich.

Aber auch in den anderen Bistümern der katholisch regierten Länder, wie auch in Bayern, Württemberg, Rheinland usw. ist es nicht besser. So ist es eine für das christliche Rudertum geradezu vernichtende Tatsache, daß die vor einigen Tagen in Wien abgehaltene 12. Jahresversammlung der „Oesterreichischen Gesellschaft für Bevölkerungsstatistik und Familienwesen“ als einzigen Beschlusses auf das Programm ihrer diesjährigen Tagung gefaßt hatte: „Das uneheliche Kind.“

Die revolutionäre Arbeiterschaft muß diesem verärgerten Widerstand des christlichen Rudertums gegen die freihetlichen Bestrebungen unger Zeit verhasste Aufmerksamkeiten widmen. Die Arbeiterschaft muß sich bewußt sein, daß nur sie allein mit dem mächtigen Kulturzentrum Sowjetrußland im Rücken das Bollwerk gegenüber der Kulturreaktion aller Konfessionen darstellt. Heute noch merrt die Muderbande gegen das gemeinsame Baden der Geschlechter, morgen schon vernagelt sie überhaupt die Badeanstalten, wenn sich die Arbeiterschaft nicht von vornherein dagegen mit allen Kräften wehrt.

Der Warmul: Muder, Heuchler und Schwarzred-Katzen sind vor den Toren! daß in seinem Arbeiterquartier ungehört verhalten!

Menschenjagden in Südafrika

Weiß überfallen Eingeborenenörter, setzen Hütten in Brand und entführen Eingeborene mit Waffengewalt

London, 3. Juni. (Rele-Hilfe-Bericht.) In der vergangenen Woche fand in Windhof, der Hauptstadt der ehemaligen deutschen Kolonie Südwesafrika, ein Prozeß gegen drei Europäer wegen „Menschenhandels“ statt, der wieder einmal die unerhörte Unterdrückung und Sklaverei der farbigen Eingeborenen durch die weißen imperialistischen Räuber brandmarkte.

Wie die als Jungen vernommenen Eingeborenen bekundeten, sind die drei Angeklagten Wochen im Dezember vorigen Jahres während der Nacht in die Eingeborenenörter eingedrungen.

haben die Hütten in Brand gesetzt und die männlichen Eingeborenen trotz des heftigsten Widerstandes ihrer Frauen und Kinder mit Waffengewalt entführt, um sie dann auf den Farmen und Plantagen als Arbeitskräften zu verkaufen.

Wie eine Viehherde trieben die brutalen Menschenräuber die gefangenen Eingeborenen vor sich her, und zwar hatten sie es so eilig, die Menschen zu Geld zu machen, daß mehrere Schwarze ertranken in der Sandwüste liegenblieben, wo sie es nicht umkommen. Einer der Schwarzen wies zur Befristung seiner Aussagen den weißen Richtern seine Zähne vor, die, trotzdem bereits Wochen vergangen waren, immer noch von den Eingeborenen wund waren.

Das imperialistische Räubergericht, weit entfernt davon, ihren weißen Räuberkollegen wegen des überführten Menschenhandels gram zu sein, verurteilte die Angeklagten zum Gehirnzug zu der lächerlichen Geldstrafe von 25 Dollar.

Schmuggelnd werden die Angeklagten die empörend geringe Geldstrafe bezahlt haben, denn bei dem Menschenraub haben sie ja das Doppelte und Dreifache „verdient“. So daß ihnen diese Provision an das Klaffengericht nicht schwer geworden ist.

Immer neue Geständnisse des Massenmörders

Kürten hat bisher insgesamt 40 Verbrechen zugegeben

Düsseldorf, 3. Juni. Das Schuldmonto des als der „Düsseldorfer Mörder“ verhaftete Peter Kürten wächst ins Ungeheuerliche. Er hat jetzt bereits außer 20 Morden, Heberfellen und Vergewaltigungen auch 20 Brandstiftungen eingestanden.

Nach seinem Bekenntnis hat er nicht nur in Tappenburg, wo er bekanntlich eines seiner Opfer gemordet und begraben hat, eine Scheune angezündet, sondern auch in weiteren Orten überall Strohheunen, Erntewagen und Bauernhäuser in Brand gesetzt. Das Unglaubliche dabei ist, daß er nie dabei gesehen oder auch nur in den letzten Reden gestanden ist. Tatsächlich sollen die bisherigen Ermittlungen seine meisten Angaben bereits bestätigt haben.

Andere bereits von Kürten eingestandene Verbrechen sind jetzt noch Gegenstand polizeilicher Ermittlungen. Neuerdings glaubt man, daß Kürten auch den Mord an der Hausangestellten Keding, die im Februar 1927 nach Besuch eines Panlauer Tanzlokals mit durchschnittlicher Kehle auf der Straße tot aufgefunden wurde, auf Konto des Düsseldorfer Angeheuers geschrieben werden kann. Eine frühere Angekündete des Panlauer Tanzlokals will durch ein Bild Kürtens den Unbekannten wiedererkannt haben, der damals mit der Ermordeten zusammen war.

Gasexplosion im Kalischacht

Drei Personen vermißt

Mühlhausen (Thür.), 3. Juni. Am Montag ereignete sich in dem Kalischacht Wenteroda, der Gewerkschaft Wollentoda, eine Gasexplosion, durch die der Schacht in Brand geriet wurde.

Bereits seit Herbst vorigen Jahres hatte man dort Gase entdeckt, ohne daß jedoch der eigentliche Herd gefunden werden konnte. Als am Montag ein Betriebsführer mit zwei Assistenten zu Untersuchungen in den Kalischacht eingefahren waren, geschah das Unglück. Die drei Männer wurden vermißt. Die Belegschaft in Stärke von 28 Mann konnte sich durch einen Nachbarschacht in Sicherheit bringen.

Wolkenbruch über London

Die englische Hauptstadt wurde am Montag abend von einem heftigen Wolkenbruch heimgesucht. Der Verkehr auf den Straßen war stundenlang unterbrochen. Da um diese Zeit gerade die Arbeiter nach Hause zurückkehrten, wurden rund 80 000 Personen 4-5 Stunden auf den Straßen aufgehalten. Am Bahnhof von King's Cross wurden vier Tunnel bis zu 1 1/2 Meter Höhe mit Wasser angefüllt.

Schweres Explosionsunglück in Paris

Am Dienstag vormittag hat sich in einer mechanischen Werkstatt in Paris ein schweres Explosionsunglück ereignet, bei dem 15 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Zart
und U
verträ
schalle
Wache
wurde
pro G
Handl
der
einer
Stück
auf
beret
gem
der
Die
Rot
Zeh
ihre
auf

In
R
an
re
et
24
G
B
1
1
b

Die roten Sportler im revolutionären Kampf

Die Bedeutung des Sportes

für die Bourgeoisie und für das Proletariat

Mitte des vorigen Jahrhunderts gehörte die Verfolgung der sportlichen Vereine zur Tagesordnung. Die Sportler vertraten mehr oder weniger eine reichliche Bewegung. Nach der bürgerlichen Revolution von 1848 änderten sich die Organisationen der freiwirtschaftlichen Turnvereine. Die Sportorganisationen kämpften

nicht mehr gegen Feudalismus und Monarchie, sondern trugen jetzt ihre Anhänger für die Monarchie, im Geiste der herrschenden Klasse.

Die Teilnahme an vaterländischen Feiern gehörte geradezu zum Programm. Selbstredend nahm nun auch der monarchistische Staat eine andere Haltung gegen die Sportorganisationen ein. Nicht mehr Kampf gegen sie, sondern Unterstützung war jetzt die Parole!

Die bürgerlichen Sportorganisationen lernten jedoch die Bedeutung ihrer Verbände besonders im Weltkrieg kennen. Hier konnten sie ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen. (Mehrere Hunderttausend Sportler sind im Weltkrieg gefallen!) Nach dem Kriege wurden die bürgerlichen Sportorganisationen erst recht stark, besonders im Sinne des individuellen Wohlgehaltens. Immer mehr stellten sich auch die gemeinsamen Interessen der Reichsbannerportler mit den Deutschen Turnern heraus. (Deutscher Reichsbanner)

An den Feiern wurden sogenannte Wechselsportvereine (Fitt, Polizei, Reichsbanner usw.) gegründet, die vom Staat und Unterstützungswesen gefördert werden; erziehen sie doch ihre Anhänger im feilschenden Sinne.

Warum fördert der kapitalistische Staat so eifrig diese Bewegung

und versucht vor allem die Arbeiter für Spiel und Sport zu gewinnen? Professor Pöschel hat in einem Artikel der Deutschen Turnzeitung, nicht darauf eine verblüffende, klare Antwort. Er sagt einmal: „Wir müssen die Jugend so mit Sport beschäftigen, daß sie niemals an ihre elende Lage zu denken!“

Bei der im vorigen Jahrhundert erfolgten Annäherung der Arbeiter an die Monarchie grenzten sich die Klassenbewegten Arbeiter von der Deutschen Turnerschaft ab. Es entstanden die Arbeiterportlervereine. Aber jetzt dieser tiefen „Spaltung“ der Sportorganisationen hat sich erneut auch wieder die Stellung der damaligen Arbeiterportlerführer zum kapitalistischen Staat geändert. Sie bejahen und unterstützen heute den kapitalistischen Staat, haben die Aufgabe, die Mitglieder der Arbeiterportlerorganisationen für den kapitalistischen Staat, für die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu gewinnen. Man muß es diesen „Führern“ lassen, sie geben sich alle Mühe, die Arbeiterportler für die

Vollgemeinschaft mit allen bürgerlichen Sportlern zu heben. Senzing ging nach Köln zum Deutschen Turnfest und sprach auf der Kundgebung als „Ehrenzahl“:

„Auf den Schultern der Deutschen Turnerschaft liegt die Zukunft Deutschlands!“

Auf dem Bundesfest der Arbeiterportler in Nürnberg sagte der selbe Senzing ebenfalls als Ehrenzahl:

„Ich will versuchen, alle Sport- und Kulturverbände unter einen Hut zu bringen.“

Was bedeutet das? Auf der einen Seite sehen wir den Abbruch der Beziehungen der Deutschen Sportinternationalen zu den Sportvereinen des einzigen proletarischen Staates, der Sowjetunion, und zu gleicher Zeit eine insensiblen Annäherung an die bürgerlichen Sportorganisationen, Bearbeitung der Arbeiterportler im Sinne des kapitalistischen Staates durch sozialdemokratische Sportführer.

Wahr: die Einheitsfront der sozialdemokratischen Sportführer mit den bürgerlichen Verbänden ist schon hergestellt. Es wurden gemeinsam mit den bürgerlichen Verbänden durchgeführt: die Senzingparade in Hamburg, die Stadionweihe in Breslau, Einweihung einer Schwimmhalle in Losbrunn usw.

Damit nun die sozialdemokratischen Sportführer schneller den Widerstand der Arbeiterportler gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerbewegung brechen können, haben sie jetzt, unter Beibehaltung der Statuten, aus den verschiedenen Arbeiterportlerorganisationen

über 150.000 Arbeiterportler ausgeschlossen!

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

Arbeitersportler, wählt KPD!

Kann der Arbeiterportler parteipolitisch neutral sein? Kann er es jetzt, wo die Landtagswahlen auf der Tagesordnung stehen? Die meisten reformistischen Parteiensportler würden auf diese Frage antworten: „Ja, sowohl der Arbeiterportler als auch der Reichsbannerportler.“

Man diese Antwort enthielt sich in ihrer ganzen Demagogie, wenn man die zentralen Organe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes liest. Dort steht klar und eindeutig bei Wahlen die Parole: Wählt sozialdemokratisch! Die Demagogie liegt in der Tatsache, daß durch die Antwort des reformistischen Parteiensportlers eine Diskussion innerhalb des Vereins verhindert werden soll, es soll nicht möglich sein, daß die Opposition, die revolutionäre Arbeiter

ihren Entzweiung über die Schandthaten der Sozialdemokratischen Ausdrück geben können.

Im Bundesorgan hat der revolutionäre Arbeiterportler keine Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, hier kann man alle offen sprechen: „wählt Sozialdemokratisch“, ohne daß man eine Diskussion, die das Bild der „unabhängigen“ Sozialdemokratie trüben könnte, befürchten muß. Die Parole der Neutralität widerlegen die eigenen Berichte derselben.

Der Arbeiterportler kann nicht neutral sein!

Neutralität bedeutet Entzweiung des Klassenkampfes. Der Arbeiterportler ist immer und zuerst ein Arbeiter, ein Mann des kapitalistischen Systems.

Er muß zuerst ein Klassenkämpfer sein! Klasse gegen Klasse geht der Kampf!

Wo hat der Arbeiterportler die Entscheidung zu treffen. Die Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Partei, eine Partei, die im Interesse der Bourgeoisie und des kapitalistischen Staates die Arbeiterklasse täglich verrät. Wir leben insbesondere, wie räuberisch und brutal die jegliche Unternehmensebene mit Hilfe der Sozialdemokratie, die sich den Schiedsgerichten unterwirft und sie stellt, durchgeführt wird. Neben den zahlreichen arbeitserföndlichen Taten der Sozialdemokraten, über die wir täglich in zahlreichen Artikeln berichten müssen, und denen es zuzuschreiben ist, daß der Faschismus so erstarken konnte, stehen die vielen Beispiele aus der Sportbewegung selbst. Während man im Reichstag ohne mit der Wimper zu zucken als Sozialdemokrat für

eine Millionensumme zur Unterstützung der bürgerlichen Olympiade in Amsterdam stimmte, lehnte man ab, für die Frankfurter Arbeiter-Olympiade des Teilis zu demütigen, welches eine viel kleinere Summe war.

Während man rücksichtslos gegen revolutionäre Sportler vorgeht, lie ausschließt, ihnen die kommunalen Sport-

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

Es werden aber nicht nur die Klassenbewegten Arbeiterportler ausgeschlossen, sondern fast allerorts Verbürgerlichung der sozialdemokratischen Volkswirtschaft, die Reichsbanner-Sportlerorganisationen, aufzunehmen!

Die sozialdemokratischen Sportführer glauben, daß sie jetzt die Sportorganisationen genügend geläubert haben; und so legt der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf dem diesjährigen Bundesfest in Köln einen Antrag vor, der lautet:

„Doch die Beteiligung an Verfallungsfeiern und kommunalen Veranstaltungen gemeinsam mit den bürgerlichen Sportorganisationen schließt sie.“ (3)

Ebenso liegt ein Antrag vor: „Der Bundestag beschließt den Beitritt zum Reichsausschuß Deutscher Jugendverbände.“ Der Reichsausschuß ist die Organisation, in der alle Jugendorganisationen, von der deutschnationalen Bundjugend bis zur SA, zusammengeschlossen sind. Jetzt soll nun auch noch die Arbeiterportlerjugend in die Armut der bürgerlichen Jugendorganisationen eingereiht werden.

Gegen eine detaillierte Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen kämpft allein die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport. Sie fast alle Arbeiterportler in diesem Kampf zusammen. Aus uns Arbeiterportler, die wir gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterportlerorganisationen und gegen den kapitalistischen Staat eingetreten sind, muß es heißen: den härtesten Kampf gegen alle bestehenden politischen Organisationen zu führen. Die Armut der staatsbedingten Parteien reicht von der Sozialdemokratischen Partei bis zur Nationalsozialistischen. Nur die Kommunistische Partei ist die Partei der Revolution, und nur Arbeiterportler, die wir Soldaten der Revolution sind, können darum nur die Kommunistische Partei unterstützen. Zur Landtagswahl müssen alle Arbeiterportler für den Sieg der Kommunistischen Partei eingereiht werden.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Arbeiterportler für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

2 Millionen für Leibesübung — 10 Millionen für Pferdesport

Welche ungeheuren Mithände die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu Tage fördert, wie alles darauf eingeleitet ist, dem Profiteur, dem Vergnügen und dem Luxus der Bourgeoisie zu dienen, kann man deutlich an folgendem Vergleich von Zahlen des preussischen Haushaltsplans erkennen. In Preußen haben wir eine

Koalitionregierung unter Führung der Sozialdemokraten.

Demgemäß sieht auch der Etat aus. In Preußen wird ausgegeben für

Förderung der Leibesübungen einschließlich des Sports und des Sportarztsystems 1.000.000 Mk.

Unterstützung des Sportes bei der Polizei, also im dienstlichen Interesse, der Leibesübungen an den Universitäten und der „Jugendpflege“ 600.000 Mk.

Für verlich. Leibesübungen, betr. Bauten usw. 100.000 Mk.

Summe: 2.000.000 Mk.

Alles ganz zwei Millionen hat man übrig für Leibesübungen.

Der allergrößte Teil kommt dabei dem Reiterport zugute. Derlei Etat sieht aber für Pferdesport, Kampfpferdebucht usw. nicht weniger als 10 Millionen vor. Das Pferd ist natürlich dem Bourgeois wichtiger als der Prolet. Für die Bourgeoisie gibt es alles, für den Arbeiterport nichts, und diesen Etat vertreten Sozialdemokraten.

Arbeiterportler, zieht die Konsequenz.

Das heißt für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sieg des roten Klassenkampfes einzustellen!

Alles für die KPD, für die KPD!

SPD-Hilfe für den faschistischen Sport

Sozialdemokraten rauben den roten Sportlern die Plätze und Uebungshallen

Die Kommunisten waren vor jeder der Meinung, daß den bürgerlichen Sportvereinen, weil sie Feinde der Arbeiterklasse sind, keinerlei Unterstützung zu geben ist. Anders der Sozialdemokrat. Sie bewilligen immer, ob im Reichstag, Landtag oder in den Gemeinden, die Mittel für die Feinde der Arbeiterklasse, für die bürgerlichen Sportorganisationen! Die Sozialdemokraten verhalten sich bei ihrem Beitrag an den Arbeiterportler hinter die Worte, von der „Neutralität“. Sie sagen, daß die Staatsmittel allen Sportlern zugewandt werden. Wir nicht nur diese „Neutralität“ bei der Vergabung von Geldern, Sportplätzen, Schwimmhallen usw. aus, wenn die ausgeschlossenen Arbeiterportler diese Rechte geltend machen!

Der sozialdemokratische Regierungskommissar v. Harnack, Merseburg, hat eine Verfügung erlassen, daß den roten Arbeiterportlern alle öffentlichen Turnhallen und Sportplätze zu entziehen sind.

Das sozialdemokratische Magistratsmitglied Krummer, Berlin, hat einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, daß nur die staatlich anerkannten Organisationen, die keinen finanziellen Nutzen, d. h. daß die ihnen ausgeschlossenen Arbeiterportler finanziell in bedrängt werden sollen, daß sie davon erhalte werden.

Das Arbeiterportlertribunal in Chemnitz sollte einen Beschluss fassen, daß alle Organisationen, die keinen finanziellen Nutzen, d. h. daß die ihnen ausgeschlossenen Arbeiterportler finanziell in bedrängt werden sollen, daß sie davon erhalte werden.

Keine Turnhallen und Sportplätze erhalten dürfen! Dieser Beschluss richtet sich natürlich nur gegen die ausgeschlossenen Arbeiterportler. Untereinander dabei ist, daß an einer Wand in der städtischen Turnhalle (die vom Sozialdemokraten Gustav Rauff verwaltet wird) mit großen Letztern angebracht steht:

„Ein öffentlicher Spielplatz ist Gemeingut für alle.“

Überall sind es Sozialdemokraten, die am härtesten gegen die roten Sportler kämpfen. Es waren auch sie es, die durch Denunziation erreichten, daß den ausgeschlossenen Vereinen das Recht der Jahrespfeiseremäßigkeit genommen wurde! Sie waren es, die für den „Deutschen Kampfsportbund“ (einer reaktionären Organisation) in der Berliner Stadtwasserversorgung 300.000 Mark beantragten. Sie waren es aber auch, die einen Antrag auf Beihilfe für den 11. Kreisfest der Berliner Arbeiterportler ablehnten!

In Sachse bewilligen die Sozialdemokraten die Mittel für die bürgerlichen Organisationen. Sie begründen nun die Sozialdemokraten die Zustimmung zu Mitteln für die bürgerlichen Sportler und ihre Ablehnung der Mittel für die Arbeiterportler? Früher lautete für wir mühen „Neutralität“, aber die Sportplätze gehören der Allgemeinheit, also müssen wir sie auch den bürgerlichen zur Verfügung stellen. Jetzt lautet die (SAS Nr. 5, amtliches Organ des 1. Kreises im RSB):

„Der in den meisten Gemeinden bestehende Vallas, Sportplätze, Hallen, Bäder usw. nur an in einer Epochenorganisation organisierte Vereine abzugeben, ist nur zu begrüßen...“

Der Epochenverband verhängt sich gewissermaßen für den koordinierten Sportbetrieb...“ (1). Eine freiere Verbindung für den Beitrag an den Arbeiterportler kann es natürlich nicht geben. „Der Epochenverband“, der seinen Ziel sein will, „verhängt sich für den koordinierten Sportbetrieb“! Jeder vernünftige Sportler weiß, daß der Sportverein die Grundlage des Sportbetriebes ist, und kein „Epochenverband“. Da natürlich die Sozialdemokraten ihren Beitrag nicht zugeben wollen, so versuchen sie, diesen irgendwie zu verhindern!

Der „Kampf“ der SPD gegen die Deutschen Turner

Der 3. Bezirk im 1. Kreis des RSB hatte für den 8. und 9. Juli ein Bezirksfest in Chemnitz beschlossen. Die Stadt hatte auch die städtische Stadtbahn zur Verfügung gestellt. Alle Ausschüsse begannen schon mit den Vorbereitungen, da man etwas nicht Erwartetes dazwischen. Der Landesverband Sachsen der Deutschen Turner legte ein Landesverbandesfest für die Woche vom 6. bis 13. Juli ebenfalls für Chemnitz fest, und

die Bezirksleitung des 1. Bezirks brachte es fertig (durch Beschluß des Bezirksfestes), ihr Bezirksfest zu Gunsten ihres „großen Bruders“, der Deutschen Turnerschaft, abzugeben. Das ist der „Kampf“ der sozialdemokratischen Sportfunktionäre gegen die Deutsche Turnerschaft.

Genau wie die Sozialdemokraten, fördern auch die Stadt das Deutsche Turnfest. Die Schulferien werden eine Woche vorterrückt, damit die Deutschen Turner in den Schulen Klassenquartiere beziehen können. Als Ergebnis:

In Chemnitz stehen Sozialdemokraten zum Reichsfest der roten Sportler Pfingsten 1930 trotz Ferien die Abgabe von Turnhallen für Wohnquartiere ab, — in Chemnitz werden für die Deutschen Turner sogar die Schulferien vorterrückt.

Die Reichenbainer Straße, die zur Stadtbahn führt, ist sehr schmal. Schon öfters haben die dortigen Bewohner Verbesserung der Straße gefordert. Wie man Geld vorhanden. Jetzt, da die Deutschen Turner einen großen nationalen Kummel (den die Sozialdemokraten durch Verzicht ihrer Beihilfen erst ermöglichen) veranstalten, ist auf einmal Geld da, die Straße wird verbreitert!

Kämpfe mit der revolutionären Sportorganisation gegen die Schädlinge und Verräter der Arbeiterportlerbewegung und gegen die Sozialdemokratische Partei, die die Grundlage für den Verrat an den Arbeiterportlern bildet! Wählt zur Landtagswahl am 22. Juni nur Kommunisten! Seite 3.

Pfingsten nach Erfurt!

Zur Heerschau der oppositionellen Arbeiterportler!

Zarifverhandlungen der Bergindustrie abgebrochen

Merktarbeiter für die Forderungen der RSD

Hamburg, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Es heißt, daß die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern über die in diesem Monat ablaufenden Tarifverträge abgebrochen worden sind. Die Forderung der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 47 Stunden in der Woche und Lohnsteigerung soll von den Unternehmern beantwortet worden sein mit der Forderung auf Lohnabbau von 4 Pfennig pro Stunde.

Zu dieser Meldung ist zu bemerken, daß der Abbruch der Verhandlungen in der Bergindustrie auf die Kampf Stimmung der Merktarbeiter zurückzuführen ist. So machten sich in einer Besetzungssitzung der größten Hamburger Werft Blohm u. Voß die Arbeiter die Forderungen der RSD zu eigen. Auf die Initiative der RSD wurden in dieser Versammlung bereits Delegierte zu einer oppositionellen Werktariftarifkonferenz gewählt, die alle Vorbereitungen zum Kampf gegen den Vorstoß der Unternehmer trifft.

Königsberg, 4. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Seit dem 1. Juni liegt der gesamte Königsberger Hafen im Stillstand. Die Hafenarbeiter sind geschlossen in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen den Vorstoß der Unternehmer auf einen Lohnabbau von 5 bis 20 Prozent. Die Hafenarbeiter haben in ihren Versammlungen darauf geantwortet mit der Forderung auf Lohnsteigerung von 10 bis 20 Prozent.

Vormarsch der Liste „Proletarische Schulopposition“

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die bisher vorliegenden Resultate der Elternratswahlen in Berlin sind noch unvollständig und können kein abschließendes Resultat über die Wahl zeigen. So viel steht aber immerhin fest: an dem Erfolg der Christlichen zeigt sich die Kulturreaktion und die Befähigung der Arbeiterkinder. Die SPD geht empfindlich geschwächt aus dem Wahlkampf hervor.

Im Jahre 1928 betrug die Zahl der gewählten Vertreter der oppositionellen Liste „Proletarischer Schultamp“ 213. Am Sonntag lagen bereits Nachrichten über 300 gewählte Vertreter dieser Liste vor. In den weltlichen Sonberschulen ist der Vormarsch der Liste „Proletarischer Schultamp“ besonders hart. Von 28 weltlichen Schulen, von denen die Resultate vorliegen, werden 127 Vertreter der Liste „Proletarischer Schultamp“ gewählt, währenddem vor zwei Jahren in diesen Schulen 108 Vertreter für diese Liste gewählt wurden.

Erneute Heße gegen die Komjunion

Dresden, 4. Juni.

Der Dresdner Anzeiger bringt an seiner Spitze eine schamlose Heße gegen die Komjunion, die er verantwortlich macht für das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Deutschland. In derselben Ausgabe wird eine verlogene Abhandlung des Betrügers Belschowski veröffentlicht zu dem einzigen Zweck, die Organe der Komjunion im Ausland, die Postämter und Handelsvertretungen durch Verleumdungen herabzuwürdigen. Die ganze Wut der bürgerlichen Presse ist durch diese Methode des Kampfes gegen die Komjunion charakterisiert. Niedrige, schamlose, persönliche Verleumdungen der Komjunionäre im Dresdner Anzeiger, die Veröffentlichung aller längst widerlegten Lügen charakterisieren den neuen Stumpfsinn der antibolschewistischen Heße.

Der weltliche Vandalismus... Erbarmlichkeiten ist aber die

panische Angst der herrschenden Klasse

vor der anwachsenden revolutionären Bewegung. Die Manifeste Kampfschlachten im geschlossenen Streik unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition; die reformistischen Arbeiterbeträge werden aus den Versammlungen der Proleten an die Straße mit Gewalt fortgeführt; die Königsberger Hafenarbeiter streiken und die Hamburger Werftarbeiter verlangen die Erfüllung ihrer Forderungen. Sie üben einen so gewaltigen Druck auf die Reformisten aus, daß diese gezwungen sind, die Verhandlungen abzubrechen. Heberall marschieren mutige Arbeiterdemonstrationen gegen die Lohnabbauversuche der Bourgeoisie, Arbeiterläufe begegnen dem schändlichen Terror. Immer erbitterter führen die proletarischen Massen den Kampf gegen die Bourgeoisie.

Das ist der Anlaß für die verjüngte antihörschuldliche Heße. Die deutsche Finanzbourgeoisie, die profitierbaren Bankiers, Industriellen und Großgrundbesitzer, die die Volksmassen in immer tieferes Elend treiben, die bürgerliche Presse, die SPD-Presse, die die Massen Tag für Tag schamlos belügen, sie möchten ein Entlassungsmandat durchzuführen. Sie lügen, die Komjunion ist „schuld“, um so gleichzeitig die Kriegsstimmung gegen die Komjunion, das Land der Arbeiter und Bauern zu schüren. So ist vergebliches Bemühen. Die Proleten Deutschlands kommen zum Solidewismus, die Kleinbauern und Gewerbetreibenden gewinnen immer mehr Vertrauen zur revolutionären Führung des Proletariats, Betriebsarbeiter und Erwerbslose, die Arbeiter und Arbeiterinnen schließen ein immer engeres Kampfbündnis, weil nur im schärfsten Klassenkampf um die Erfüllung der Forderungen gegen das kapitalistische System die einzige Gewähr dafür gegeben ist, aus dem kapitalistischen Sumpf herauszukommen.

Jawohl, die wertvollen Massen Deutschlands haben die Erfahrungen der großen russischen Revolution, sie haben die Methoden des Kampfes und den Weg der Freiheit kennengelernt. Wir zweifeln nicht, aller Heße zum Trotz, werden die Massen marschieren. Sie werden den Kampf führen zur Durchsetzung ihrer Lebensforderungen, sie werden gleichzeitig den imperialistischen Kriegsherrn in den Arm fallen und die Sowjetmacht, das Vaterland aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, verteidigen.

Die SPD-Presse ist begeistert

Bei dem Papierstreit zwischen der Bürgerblodregierung und Fried ist die SPD-Presse begeistert von dem solchen Vorhaben des Reichsinnenministers. Es soll der Eindruck erweckt werden, als seien die Bürgerblodminister wissens und in der Lage, den Faschismus zu bekämpfen. So wird die Große Koalition vorbereitet.

Aber Schwindel ist das! Die Reichsminister sind die Trabanten des Bürgerblods, und während Herr Fried zur Lösung seiner christlichen Arbeiteranhänger gegen Fried einen Papierkrieg führt, üben die bürgerlichen Parteien in Thüringen mit Fried in einer Regierung. So sieht der Krieg zwischen Reich und Thüringen aus.

Rumbo Seifen

sind Qualitäts-Erzeugnisse. Sie jeglichen Schmutz entfernen.

mit dem Wertbon

haben Sie b. Einkauf darauf ist jede Packung versehen in

Preisausschreiben der Arbeiterstimme

Wer kennt am besten die Massenstimmung?

Redaktion und Verlag der „Arbeiterstimme“ veranstalten während des Wahlkampfes ein Preisausschreiben.

Es ist im voraus zu schätzen, wieviel Stimmen die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten bei der kommenden Landtagswahl erhalten.

Ausdrücklich erklären wir, daß ein solches Preisausschreiben nicht dazu dienen soll, parlamentarischen Illusionen Vorschub zu leisten, als ob das Stimmen- und damit das Mandatsergebnis eine Änderung der Klassenverhältnisse herbeiführen könnte. Diese Frage wird nur im außerparlamentarischen Kampf entschieden. Aber parlamentarischen Kampf beizufügen sind. Ohne diesen Bericht kommt eine Beteiligung am Preisausschreiben nicht in Frage. Alle Einsendungen sind zu richten an

Bedingung für die Beteiligung

eine Reihe von Fragen gestellt, die auf einem Manuskript bis zu 2 Schreibseiten zu beantworten und der Beurteilung des Wahlergebnisses beizufügen sind. Ohne diesen Bericht kommt eine Beteiligung am Preisausschreiben nicht in Frage. Alle Einsendungen sind zu richten an

„Redaktion der „Arbeiterstimme“, Dresden, Güterbahnhofstr. 2“

mit dem Vermerk: „Preisausschreiben“. Der Endtermin für die Berichte ist Sonnabend, 14. Juni.

Bedingungen des Preisausschreibens

Worüber ist zu berichten?

1. Wie beurteilen die Arbeiter die Tätigkeit der kommunistischen Landtagsfraktion?
2. Wie muß das sächsische Proletariat gegen den Faschismus kämpfen?
3. Was sagen die Arbeiter zu der demagogischen Wahlparole der „linken“ SPD-Führer: „Verhindert ein Nazi-Sachsen, indem ihr sozialdemokratisch wählt“?

4. Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zur Politik der Kommunisten?
5. Wie denken sich die Arbeiter den Kampf gegen die Unternehmeroffensive (insbesondere der Metall- und Textilindustrie)?
6. Wie beurteilen die Arbeiter die Parole der sozialdemokratischen Bürokratie: „Heraus mit den verheirateten Frauen aus den Betrieben“?
7. Was sagen die Arbeiter zur Erwerbslosenpolitik der SPD?
8. Mit welchen Argumenten bestreiten die Faschisten in der Einzelagitator ihren Wahlkampf?

Ueber eines dieser gestellten Themen muß berichtet werden. Es kommt darauf an, nicht nur ein persönliches Urteil abzugeben, sondern die Auffassungen der proletarischen Schichten im Betrieb, den Stempelstellen, Massenorganisationen oder Wohngebieten wiederzugeben.

Wer erhält den Preis?

Bei der letzten Landtagswahl am 12. Mai 1929 erhielten die

Kommunisten	345 817 Stimmen
Sozialdemokraten	922 117 Stimmen
Nationalsozialisten	133 792 Stimmen

Es ist zu beurteilen, wieviel Stimmen jede der drei genannten Parteien bei der diesmaligen Wahl auf ihrer Liste vereinigt. Diejenigen, deren Urteil dem tatsächlichen Wahlergebnis am nächsten kommt, werden entsprechend der größeren oder geringeren Differenz einen angemessenen Preis erhalten, wobei bei gleicher Schätzung der eingesandte Bericht über die Massenstimmung bei der Preisverteilung mit berücksichtigt wird.

Die Preise

1. Preis: 1 Grammophon.
2. „ 1 Radioapparat (3 Röhren).
3. „ 1 Photoapparat.
- 4.-9. „ Je 1 großer Leninband.
- 10.-11. „ Je 1 Freiabonnement a. 3 Monate.
- 12.-13. „ Je 1 Freiabonnement a. 2 Monate.
- 14.-20. „ Je 1 Freiabonnement a. 1 Monat.

Die Verteilung der Preise nimmt eine Kommission, bestehend aus 1 Genossen der Redaktion, 1 Genossen der BL und 3 Arbeiterkorrespondenten, vor.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterstimme“.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 5. Juni 1930, um 19 Uhr, im Rathhause. Die Tagesordnung hängt am Ratsbrett aus. Stadtdirektor, am 2. Juni 1930.

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Ernst Scheller, H. H. H., Berlin; für Inhalt, Druck und Vertrieb: W. H. H., Dresden; für Inhalt: W. H. H., Dresden. — Verlag: Dresden, Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. — Druck: Dresden, Billa Dresden.

Solange wir bauen

vorteilhafte Sonderangebote. Heute:

Sommer-Kleider für sonnige Pfingsttage

Washkleid aus guter Waschwatse, mit reizendem, leinartigen Muster bedruckt, flotte, jugendliche Form, mit langem Arm..... 5,90	3⁹⁰	Frühjahrskleid aus feinwolligem Musselin, abstrichende, leinartige, neue Muster, auf feingestemtem Grunde, moderne Ausführung..... 13,75	7⁹⁰
Flottes Kleid aus kunstvoll gewebtem Washstoff, mit dem modernen Römerstreifen, kleidsame Fassung für junge Mädchen, mit Gürtel und Täschchen..... 12,75	7⁹⁰	Elegantes Kleid aus reissenden Japan, mit modernen Mustern bedruckt, flotte, jugendliche Form, mit langem Arm..... 24,75	15⁷⁵
Extra weites Kleid für starke Damen aus gewachtem, voll bedrucktem, reissenden Japan, dezente, kleidsame Muster..... 29,00	24⁷⁵	Flotte Bluse aus feinstem Eriol-Charmeuse, reine, leinartige Qualität, reizende Auswahl in frischen und dezanten Farben..... 7,90	5⁹⁰
Modernes Kostüm aus leinartiger Stoffe in reizender, kleidsamer Gürtelform, Jacke ganz und elegant gefaltet..... 19,75	14⁷⁵	Sommermantel aus leinartiger, flottes Stoffe in Herrenart, vollständig auf Kunstseide gefüttert, jugendliche Form mit eingeleiteter Rückenlinie..... 15,75	12⁷⁵
Vornehmer Mantel aus ganz vorzüglichem Chameleont oder Wolle, reissend, reine Qualität, zum Teil mit Pelz oder Pelzbesatz..... 55,00	39⁰⁰	Flotter Mantel aus ganz vorzüglichem Stoffe in Herrenart, reizende Qualität, reines Woll, feine Ausführung, mit vollständigem Futter..... 24,75	19⁷⁵

Wettinerstraße 3/5

Verkauf nur gegen bar, daher so billig

Ludwig Bach & Co

Oschatzer Straße 16/18

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN-N. 6, Bautzner Straße 311. Ruf Nr. 51002

persönl. Leitung: Gegründet Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platze. Besucht die Privatkurbäder! An all. Krankenkass. zugelassen

Dresden-A.

Die trustfreie **CÄSAR** 5-Pf.-Zigarette

Residenz-Büffel und Konditorei Seestraße 7
Filiale: Waisenhausstr. 18

7% WOSA 7%
Wir verkaufen an jedermann! (Ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung)
Lebensmittel und Fleischerwaren

Drema A-G.
Milch Molkerei-Produkte **Dresden** Sonstige Lebensmittel
Würzburger Straße 9

Leichhänfte Zerstüßungs- und Zerkleinerungs-Apparate in allen Größen
Gertrud Seyfert Annenstr. 19 / Schokoladen-Spezial-Geschäft
Rudolf Meyer Wittenbergstr. 12 (Uhr) - Uhren, Goldwaren, Reparaturen



Hüte, Mützen, Herren-Artikel
Strahburger Hut-Bazar
Wettiner-, Ecke Gr. Zwingerstraße
ERHALT, Untere Dresdner Str. 98

Brechelt & Co.
Inn. Carl Ziegler
Lindenastraße 18
Eisenwaren - Küchengeräte

Elektrische Anlagen
Reparaturen Radio
Rudolf Gröttsch
Lindenastr. Ecke Uhlandstr. Tel. 93249

Huschhalle I am Postplatz
Huschhalle II Pillnitzer Str. 4
Die bekannten Altdeutschen in erster Qualität
Eigene Fabrik! Dazu das köstliche **Waldschlöbchen-Bier**

Verlangt überall **ODI-Milch**

Tischler- und Polster-Möbel
Niedrige Preise / Solide Waren / Große Auswahl in 5 Tagen / Stets wachsender Umsatz infolge persönlicher Empfehlung
Dresden-A. 1, Rosenstraße 45 (Nähe Ammonstraße)
Hesse

In jedes Haus SchokoladenvonClauß

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



Trinkt morgens Tee
Marke „Teekanne“, Mischung „Lila“ den Morgens.
Aber nicht so oft Teekanne „Lila“ Teekanne „Lila“ ist ein Mischtrunk, der wie ein Nektar, süßes, erfrischendes und kräftigendes Getränk wirkt. Er enthält viel Vitamin C, das dem Körper bei der Verdauung hilft. Man fühlt sich nach dem Trinken mit „Lila“ Tee, wie nach einem kleinen Urlaub.
Fordern Sie in den Geschäften kurzweg
TEEKANNE „LILA“
Das 50-Gramm-Paket kostet nur 80 Pfennige und reicht für ca. 70 Tassen kräftigen Tee. Demnach die Tasse nur zirka 1 Pfennig.

Ernst Neßler, Nachf.
Wettinerstraße 7
Jahnstraße 3
Dreyhsplatz 1 (Am Straßenbahnhalt Micken)
Kolonialwaren Weinhandlung Spirituosen Kaffee-Rösterei

Verlangt Eierleigwaren und Makkaroni von **Max Sparmann, Kötzschenbroda**

Sie rauchen noch keine **Supra?**
Schade!
Es sind die besten Zigaretten / Konzernfrei
Supra 5 Pf. + Supra Ideal 6 Pf. Stadtwappen 4 Pf.

Marien-Apotheke
Allmarkt 10, Kreuzkirkenecke
Lieferung für alle Krankenkassen
Allopathie Homöopathie Biochemie

Drogen-Spezialhaus, Kräutergewölbe
Farben / Lacke / Pinsel usw.
Spalteholz & Bley Pillnitzer Straße 20

50% Wäsche- u. Baumwollhaus
Fraueneck
Ecke Frauenstraße
Schössergasse 9, am Allmarkt

MEHL T. BIENERT GRIES

Photo-Leinert Apparate-Zubehör Entwickeln und Kopieren
Weinligstraße 2, Dippoldiswalder Platz

Die hochfeine 5 Pf. Zigarette **CONFREIA** (Konzernfrei)

Herren- und Knaben-Bekleidung
Hüneburg

Sport- und Arbeitskleidung — Maßanfertigung
Wettinerstraße 35/37 • Besuch ohne Kaufzwang gestattet

Karl Lohse Wettinerstraße 46
Schokolad. u. Zuckerwaren erster Firmen
Vorkauf an Wiederverkäufer

SEIDEN-HAUS Jacoby
DRESDEN-A., ALTMARKT 6

Berufskleidung aller Art
A. Alfus, Große Brüdergasse 43, II

Wild-, Geflügel- und Feinkosthandlung
Otto Hartmann Kreuzstraße 13

Kauft in **Edeka** Geschäften

+ Zwerg-Drogerie +
Gute Farben — Gute Lacke
Günstige Preise Rosenstraße 5

Carstensen
Pillnitzer Straße 5/7
Schneldorfer-Zutaten, Spitzen u. Besätze

Schokoladen-Hering
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik
Kaffee-Groß-Rösterei
Alleiniger Hersteller der echten **Sanussa-Husten-Bonbons**
Nochwertige Kaffees zu volkstümlichen Preisen — Immer frisch geröstet!

Monats-Garderobe
zur Malanzzeit und Winterzeit
Größe Auswahl in neuesten Anzügen und Mänteln
Vorzüge dieses erhalt 5 Prozent Rabatt
Langemann
Große Brüdergasse 21

Gneiling-Schwarz-Weiss

es gibt keine bessere 48 Zigarette



Belagerungszustand für ganz Indien vorgesehen

Macdonalds Ausnahmegeetze steigern den Kampfwillen der Massen — Zusammenstöße in verschiedenen Provinzen — Boykottbewegung wächst

Bombay, 3. Juni. In Indien ist die Lage so außerordentlich gespannt, daß die anglo-indischen Behörden mit der Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Indien drohen.

Am Montag ereigneten sich wieder eine Reihe schwerer Zusammenstöße.

In Alidja an der Nordwestgrenze leisteten die Bauern eine kritische Strafexpedition energischen Widerstand. Nach heftigen Kämpfen schlugen sie das Militär zurück. Eine Person wurde getötet, neun schwer und mehrere leicht verletzt.

In dem Orte Phoolpur bei Dacca wurden im Verlaufe von Zusammenstößen Dutzende von Gebäuden in Brand gesetzt. Aus Allahabad werden ernste Kämpfe gemeldet, in deren Verlaufe ein Indianer getötet und vier Polizeibeamte schwer verletzt wurden.

In einem Vorort von Lahore wurde eine Bombenfabrik zerstört.

Im Bezirk Muttra wurden bei Zusammenstößen vier Polizisten verletzt. Die Behörden nahmen 60 Verhaftungen vor.

Die Boykottbewegung gegen europäische Waren greift immer weiter um sich. Seitdem das Postamt in den Geschäften durch Macdonalds Ausnahmegeetze mit hohen Zuschlägen bestraft ist, hat die Bewegung an Schärfe zugenommen. Heftigen Widerstand in Bombay und anderen Städten zählende Einzelhändler vor den Geschäften Streikposten.

Der Hindische Kongress in Bombay hat unter dem Druck der Massen beschließen müssen, sich nicht dem Ausnahmezustand zu beugen, sondern den Boykott europäischer Waren zu verschärfen.

Macdonalds Furcht vor Augenzeugen

Verweigerung der Einreiseerlaubnis nach Indien für die Delegation der Liga gegen Imperialismus

Berlin, 3. Juni. Das Generalsekretariat der Antimperialistischen Liga hatte auf seiner Berliner Tagung beschlossen, eine Delegation nach Indien zu entsenden. Macdonald hat dieser Delegation durch das indische Amt die Einreiseerlaubnis verweigert.

Ernste Lage

Ein Bericht der englischen Regierung

London, 3. Juni. Die englische Regierung hat gestern abend einen Bericht über die Lage in Indien herausgegeben, der trotz aller Schönfärberei doch die Unruhe verriet, mit der die englische Bourgeoisie, die von einer tiefgehenden Wirtschaftskrise geschüttelt wird, die revolutionäre Entwicklung in Indien betrachtet. In dem Bericht heißt es: Zweifellos hat die Verletzung des Gesetzes durch die Urheber der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams Wirkungen, die über die Verweigerung

Aufstand in Nord-Korea

Tokio, 3. Juni. „Exhange Telegraph“ meldet, daß in Nord-Korea an der mandchurischen Grenze ein großer Aufstand ausgebrochen ist, der bisher von den japanischen Behörden nicht unterdrückt werden konnte. Die Aufständischen zerstörten die Telegraphenleitungen und Brücken und setzten die japanischen Regierungsgebäude in Brand.

Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

gung selbst hinausgehen. Es ist eine Geringschätzung der öffentlichen Ordnung entstanden, die den Landfrieden immer mehr zu gefährden droht. Der gegen die Behörden gerichtete Boykott, verbunden mit dem Versuch, Beamte zum Rücktritt von ihrem Posten zu zwingen, ist in verschiedenen Bezirken schärfer geworden, auch der Gehobung für die Verweigerung der Zahlung der Bodensteuer scheint sich auszudehnen.

Rote Armee im Vormarsch auf Hankau

Schanghai, 3. Juni. Südlich und westlich der Stadt Tschangha entwickelten sich Kämpfe zwischen den Regierungstruppen Tschanghaiforts und der chinesischen Roten Armee, die von Kwangsi aus im Vormarsch auf Hankau ist.

★

Die verbündeten nordchinesischen Truppen des Generals Yen melden, daß sie große Fortschritte gegen Tschanghaifort gemacht haben. Bei Awerch seien 5000 Gefangene gemacht, 20 000 Gewehre und 18 Maschinengewehre erbeutet worden. Ferner seien bei einem Überfall auf eine Flugzeugstation der Kantingtruppen 12 Kampfflugzeuge erbeutet und 50 Piloten und Mechaniker gefangen genommen worden.

Massendemonstration in Indochina

Französisches Militär treibt Eingeborene in die Sümpfe

Paris, 3. Juni. In Indochina wächst der Widerstand der Kolonialsklaven gegen die maßlose Unterdrückung durch den französischen Imperialismus.

Am Montag demonstrierten einige tausend Eingeborene von Saigon nach Vinh-Yong. An der Spitze der Manifestanten marschierten Kinder und Frauen mit roten Fahnen und dem Zeichen des Hammers und des Sichel.

Der Gouverneur der Provinz leitete selbst eine Militärübermacht von etwa 1500 Mann, die gegen die Demonstrationen vorgeschickt wurde und den Zug mit Waffengewalt zu sprengen versuchten. Die entmenschten Soldaten schlugen mit dem Gewehrkolben auf Männer, Frauen und Kinder ein und trieben sie in die nahegelegenen Sümpfe. 120 Personen wurden verhaftet.

Terror gegen die englischen Wollarbeiter

London, 3. Juni. In dem Maße, wie die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten ihre Anstrengungen zur Abwärtung des Lohnes halten seit acht Wochen während des Kampfes der Wollarbeiter von Yorkshire verdoppelt, verhärtet sich Macdonalds Terror gegen die Streikenden. Bis jetzt wurden bereits 21 Monate Gefängnis und Zuchthaus wegen Streikpostentischen verhängt.

In Gosport werden in der laufenden Woche fünf Genossen vor Gericht stehen, die wegen unerlaubter Sammlungen für die Streikenden verhaftet wurden.

In Colnes hängen in vergangener Woche vier Genossen

Vom sozialistischen Aufbau

Die „Leningrader Prawda“ teilt aus Sverdlow mit, daß die Metallindustrie des Urals in den 25 Tagen des Mai bereits ihr Programm mit 100,3 Prozent erfüllt hat. Da die Schwerindustrie des Urals in der Eisen- und Stahlproduktion an bedeutender Stelle der Sowjetunion steht, so ist das ein besonderer Erfolg.

Nach einer Mitteilung der „Zvezditsa“ sind in Mittelasien allein ohne Kaufhaus auf 1 075 000 Hektar Baumwolle angepflanzt worden, in den Kollektivwirtschaften 345 000 Hektar und in Sowjetwirtschaften 27 000 Hektar. Der Plan der Aussaat für Baumwolle ist damit erfüllt.

„Zvezditsa“ teilt mit, daß die Eisenbahnlinie nach Chibinst eröffnet worden ist. Die Linie ist 22 Kilometer lang und hat vor allem große Bedeutung als Industrielinie. In Koptow und Chibinst wird intensiv gebaut. In Chibinst allein werden 100 Bauobjekte im Werte von 10 Millionen Rubel durchgeführt.

Die Arbeitslosenbewegung in England

London, 3. Juni. Der Kongress der Arbeitslosenbewegung Großbritannien hat den Beschluß gefaßt, Hungermärsche und Demonstrationen der Arbeitslosen in den Bezirken zu organisieren, um die Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit zu entfalten.

Seitdem die Regierung der Arbeiterpartei im Amt ist, ist die Anzahl der Arbeitslosen um 600 000 gestiegen, und jetzt, da die Kürzungen, die für die Gewährung der Unterstützung notwendig waren, durch Nachfahrtausschüsse ersetzt worden sind, werden die Arbeitslosen noch rücksichtsloser behandelt denn je.

Tagung der revolutionären Postgewerkschaft in Paris

Paris, 3. Juni. Einige Tage nach dem reformistischen Verbandstag ist in Paris der Verbandstag der revolutionären Postangestellten Frankreichs eröffnet worden. Im Verlaufe der ersten Sitzung erbat der Sekretär Grandel den Rednercharakter. Die daran anschließende Diskussion betraf die Wichtigkeit der Pläne, die der revolutionäre Gewerkschaftsbund unter den Massen der Postangestellten verfolgt.

Kurze Auslandsnachrichten

Amerika hat drei neue 10 000-Tonnen-Kreuzer in Auftrag gegeben.

Im Zentralkomitee der KP, der UdSSR wurde eine politische Session nach dem Protokoll des 5. Partekongresses der KP UdSSR vorgenommen, die ergebnislos verlief.

Der Attentatsversuch der arbeitenden Frauen Groß-Brands enthielt eine Frauen-Delegation nach der Sowjetunion.

Die tschechischen Behörden haben eine für den 8. Juni geplante Kienjubiläumssammlung der revolutionären Konjunktionsgesellschaft „Kecia“ verboten.



70. Fortsetzung.

„Kollegen, ich kann trotz der Abstimmung nicht umhin, den zweiten Punkt zu betonen. Wenn wir Stellung nehmen sollen, wie die Verhandlungen zu führen sind, kommen wir um die Streitfrage in der Branchenkommission nicht herum. Wir können doch nicht über ein Vertrauensvotum abstimmen, ohne über das Thema zu sprechen.“

„Sehr richtig!“

„Zur Sache!“

„Kollegen, ich will ja eben zur Sache sprechen, aber hier soll wohl über die Sache nicht gesprochen werden, bevor die Branchenleitung ihr Vertrauensvotum in der Sache hat.“

Der Vorsitzende erhebt sich klingelnd und fällt dem Redner ins Wort: „Kollege, ich muß dich zur Ordnung rufen. Ich fordere dich auf, der Abstimmung Rechnung zu tragen!“

„Schächer! Galanten!“

„Zur Sache!“

Einige erheben sich, werfen die Arme in die Luft, brüllen: „Betrag! deine Phrasen wo anders, — versteht du! —“

„Wetterreden! — Wetterreden!“

Hünemann steht mit seinem Zettel und kann die Unruhe nicht übersehen.

Der Beamte des Metallarbeiterverbandes erhebt sich: „Kollegen! Ich weiß nicht, ob ihr euch überlegt, daß jedes Wort hier öffentlich gesprochen wird. — Wer hier nicht sachlich bleibt, nicht Maß halten kann, ist ein Dummkopf! — Kollegen! — Ich will keinen schärferen Ausdruck gebrauchen.“ Er legt das antimilitärische, schaupielerische, weiß sich Ruhe zu verschaffen und jagt nach erreichteter Ruhe mit geballten Fäusten

fort: „Wir wissen, was vorgeht! Wir müssen auch an dieser Stelle erklären: Wir haben mit den Maschinenbauern von Elementen, die außerhalb des Verbandes stehen, nichts zu tun! Wir werden nicht dulden, daß die Branchenversammlung zum Zusammenstoß von Elementen wird, die — Kollegen! — nichts daran fragen, ob die Versammlung gesprochen wird, oder der Verband zum Leibel geht. — Hier wird ganz systematisch gearbeitet —.“ Er schwingt ein Flugblatt in der Luft. „Was hat dieses Madwerk in einer Branchenversammlung zu suchen?“

„Nachher!“

„Jawohl!“

„Ihr seid die Verräter!“

„Kü — he!“

„Kollegen!“ — fährt der Redner fort und übersteuert die Zwischenrufe. „Ich bin ein Menschenalter in der Arbeiterbewegung tätig! — Solche Zustände sind unerträglich. Ich rufe die alten Kollegen zu Jungen an: Bin ich ein Lump? Ich fordere im Interesse der Sache Disziplin, — weiter nichts. Sonst ist keine praktische Arbeit möglich.“

Er setzt sich pustend. Man sieht ihm an, daß er froh ist, den Sturm mit knapper Not gemeistert zu haben.

„Kollege Hünemann, ich bitte dich von neuem, dich zur Sache zu halten“, fährt nun der Versammlungsleiter fort.

Hünemann läßt abflehend. Als es ruhig geworden ist, sagt er: „Kollegen, ich lehne es ab, zu sprechen, wenn hier nicht zur Sache gesprochen werden darf. Was hier gespielt wird, ist eine widerwärtige Komödie.“ Er tritt ohne ein weiteres Wort ab. Die Folge ist schillernde Verwirrung.

Walter sitzt neben mir und knirscht: „Sind die Hände da oben verückt! — Hat der Mensch Worte?“ Dann steht er auf und gibt auf einem Zettel seine Wortmeldung ab.

Die folgenden Redner erschöpfen sich in lärmender Polemik gegen die Opposition, gegen die Zensur. Aber sie reden um den Konflikt herum. Nur bei gelegentlichen Kraftworten hagelt es Proteste.

„Es ist jetzt zwölf Uhr. — Um ein Uhr muß der Saal geräumt werden.“

Protestrufe und ein vielstimmiges Uhu! sind die Antwort auf die Mitteilung des Versammlungsleiters.

Da kommt Walter zum Wort.

Er steht in seinem alten Soldatenmantel, die eine Hand auf den Tisch, schief, er ist zu groß, um sich in gerader Haltung auf-

rufen zu können. Er laßt im Raum, wie nach einem Halt, scheint ihn nicht zu finden, sieht zu Boden und wieder hoch, tritt von einem Fuß auf den andern. Es ist still im Saal. Der große, unbeholfene Walter, der schon so vielen Halt war im mordetischen Granatfeuer, ist kein Redner. Die Versammlung scheint das zu merken, wartet.

„Kollegen!“ kommt es ganz leise aus dem Munde des Redners, so leise, daß prompt das „Lauter!“ folgt. Walter kuckt, als wäre er erschrocken. „Kommt noch!“ sagt er dann wieder, als spreche er zu einem Kameraden im Granatfeuer.

„Kollegen, ich bin kein Redner. Aber ich glaube, es kommt darauf gar nicht an!“

In den letzten Satz legt er alle seine Energie. Es fällt ihm sichtlich schwerer, als zwei Zeilen von der Bühne in den Saal zu schleudern. Die Versammlung scheint das zu fühlen. Das „Sehr richtig!“ klingt wie eine Ermunterung. Walter wird sicherer und fährt fort: „Ich weiß nicht, Kollegen, ich komme mir vor wie ein Fremder. Das ist doch alles so lächerlich, was ihr hier vorbringt.“

„Sehr richtig!“

„Ka nu!“

„Kant halten!“

Walter zittert. Die Zwischenrufe bringen ihn sofort aus dem Konzept. Aber nur einen Augenblick.

„Jawohl, so lächerlich!“

„Genossen!“ beginnt er dann wieder, lauter, aber ruhig: „Ihr müßt euch einmal vorstellen: ein Kollege kommt von draußen. Ist vielleicht mit fünfzigjährig Mann zurückgekommen von einer kriegsstarren Kompanie. Die andern zweihundert liegen im Dreck, verbluten oder sind tot. Und andere Kompanien treten an, denselben Weg. Jeden Tag, jede Stunde. Und der Soldat kommt nur nach Deutschland. Er sieht seine Kinder, krumme Beine, Falten wie Gesteir, in Papierfetzen gewickelt, verhungern. Und er sieht die Kriegsglieder, das Pack in den Fesseln und Gaspalästen, wie sie „Deutschland, Deutschland über alles“ singen.“

Der Versammlungsleiter erhebt sich, klingelt leise, Walter wird irre, stottert.

„Ich muß dich bitten, Kollege, zur Sache zu sprechen.“

Walter ist vollkommen sprachlos, ringt nach Worten, bringt aber nur ein lautes Lachen zustande. — Ein Lachen, das wie Sprengpulver wirkt.

(Fortsetzung folgt.)

